

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 15. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vorkassenkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Diskontogesellschaft, Postkassette Lindenstraße 3

Heute deutscher Schritt in Paris.

Allerhand französische Vorbehalte.

Paris, 14. Dezember. (WIB.) Der deutsche Geschäftsträger
in Paris, Botschaftsrat v. Hoersch, wird morgen, Sonnabend vor-
mittag, vom Ministerpräsidenten empfangen werden.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt an-
gestichts des bevorstehenden Schrittes des deutschen Geschäftsträgers
die allgemeinen Grundzüge, von denen sich die französische
Regierung leiten lassen werde, dahin erläutern zu können, die von
der französischen Regierung geforderten Bedingungen für die
Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland seien sehr
nach vollkommener Einstellung des passiven Widerstandes, erzielt.
Man werde also in Paris in keiner Weise dagegen sein, neue direkte
Verhandlungen zwischen beiden Ländern einzuleiten. Alles, was die
deutsche Regierung über das Reparationsproblem vorbringen werde,
werde mit Interesse aufgenommen, jedoch könne die fran-
zösische Regierung nicht gegen die Prärogative handeln, die der
Reparationskommission durch den Friedensvertrag von
Versailles zugesprochen worden seien. Was das Ruhrgebiet
anlange, so werde die französische Regierung

Sachverständigenauschuss ausgesprochen. Das stehe fest. Schwierig
für den Verlauf der kommenden Sachverständigenkonferenz sei, daß
Poincaré sich immer mit einem Stachelndraht umgebe.

Der Sachverständigenauschuss habe die Aufgabe, nach und nach
die Reichtümer Deutschlands frei zu machen und Deutschland zu
helfen, daß es eine Bilanz aufstelle. Auf diese Weise könnten die
Pfländer nach und nach, je nachdem sie produktiv würden, inter-
nationalen Kreditoperationen sicherstellen, im Anfang vielleicht nur
kleine, später aber umfangreichere. Er befürchte, daß die Haltung
der Regierung im Ruhrgebiet den Erfolg der kommenden Sach-
verständigenberatung in Frage stelle, wie schon bei früheren Konfe-
renzen. Sie wolle, daß Deutschland bezahle. Wie könne es aber
bezahlen, wenn Frankreich ihm seine reichsten Provinzen
entziehe.

Blum (fortfahrend): Sie, Herr Poincaré, haben Lord George
Bonar Law, Stanley Baldwin, Luno und Stresemann gestürzt.
Es ist Zeit, daß dem Einhalt geboten wird. Haben Sie denn dar-
über nachgedacht, was sich in England vollzieht, und haben Sie
sich Rechenschaft über die Ergebnisse der jüngsten Wahlen gegeben?
Haben Sie darüber nachgedacht, was eintreten würde, wenn Eng-
land wirklich die protektionistischen Maßnahmen treffen würde, zu
denen Sie Baldwin gezwungen haben? Wissen Sie vielleicht nicht,
daß wir jährlich für sechs Milliarden Waren an England verkaufen,
und daß, wenn diese Maßnahmen ergriffen werden, wir Fran-
zosen es ausschließlich sein werden, die zur Arbeitslosigkeit ge-
zwungen wären.

Trotz des äußeren Anscheins bestehen ja auch ernste Meinungs-
verschiedenheiten zwischen Frankreich und Belgien.

Durch die Tatsache, daß man das Ruhrgebiet militärisch besetzt
hat, sei man gezwungen worden, immer strengere Methoden zur
Anwendung zu bringen, um den immer stärker werdenden Wider-
stand zu beseitigen. So habe man

in der gefährlichsten Weise das Nationalgefühl in Deutsch-
land entseht und alle demokratischen Kräfte zerstört.

Als der passive Widerstand eingestellt wurde, habe Poincaré seinen
Sieg gehabt, aber zu was habe das geführt? Zu Verhandlungen
mit den deutschen Großindustriellen, aber nicht eine
Geste der Gnade habe man bemerkt. (Poincaré sagt: er werde
nächster die Telegramme vorsehen, die er täglich erhalte. So seien
gestern 43 Arbeiter begnadigt worden. — Blum erwidert: Was ich
Ihnen vorwerfe, ist, daß Sie die Begnadigungen nicht am Tage
nach dem 25. September vorgenommen haben.)

Nach einer Unterbrechung der Sitzung führte Abg. Blum seine
Rede zu Ende. Der Bericht darüber liegt bei Schluß der Redaktion
noch nicht vor.

Internationalenheke auch in Frankreich.

Fälschungen der nationalistischen Presse.

Wir haben gesehen, welche Rolle die Frage der Internationalen
im englischen Wahlkampf gespielt hat und mit welchen Mitteln
insbesondere die konservativen Chauvinisten gegen die Arbeiter-
partei operiert haben, um sie als „Werkzeuge einer deutschen Or-
ganisation“ zu distanzieren.

Keine Partei der Internationalen bleibt von diesem Verleumdungs-
feldzug verschont. Jetzt sind auch unsere französischen
Genossen an der Reihe. Gegen sie wird mit einer Fälschung
schlimmster Art operiert. Wie erinnerlich, hatte das Bureau
der Internationalen in einem von Tom Shaw und Friedrich
Adler unterzeichneten Aufruf an die sozialistischen Arbeiter-
parteien aller Länder zur Sammlung von Geldmitteln zur Unter-
stützung sowohl der deutschen Sozialdemokratie in ihrem Kampfe
gegen die Reaktion wie auch der französischen Partei für
ihren bevorstehenden Wahlkampf gegen den Nationalen Blof. Die
Spenden sollten direkt an Otto Weis, Berlin, Lindenstr. 3 und
Paul Faure, 12 rue Fegbeau, Paris, gesandt werden. Dieser
Aufruf wurde z. B. im „Vorwärts“ vom 19. November wörtlich
abgedruckt.

Jetzt, nach mehreren Wochen, „enthüllt“ plötzlich die nationa-
listische „Neue Straßburger Zeitung“ ein internationales Komplott
zum Sturze Poincarés:

Eine Sammlung sei kürzlich in Wien (?) eröffnet worden, um
Geldmittel zum Sturze des französischen Ministerpräsidenten zu
sammeln.

Die Pariser Boulevardpresse bemächtigte sich in den folgenden
Tagen dieser „Enthüllung“. „Eclair“, „Radical“, „Matin“ und
andere druckten in großer Ausmachung die Nachricht der „Neuen
Straßburger Zeitung“ ab. Am tollsten ging dabei das berühmte
Heftblatt „Matin“ vor, in dem es hieß:

„Die für den Sturz des Ministerpräsidenten
Poincaré bestimmten Gelder werden insbesondere in den
Händen von Herrn Otto Weis, Berlin, Lindenstr. 3, kon-
zentriert.“

Kein Zweifel daran, daß trotz des sofortigen Dementis und der
restlosen Klarstellung der Angelegenheit im „Populaire“ durch die
Genossen Compère Morel und Paul Faure, diese Verleumdung im
kommenden französischen Wahlkampf gegen die französischen So-
zialisten die gleiche Rolle spielen wird wie die „Enthüllungen“ der
Rothermere-Presse im verflochtenen englischen Wahlkampf gegen die
Labour Party. Und auch die deutsche Sozialdemokratie kann
sich auf ähnliche Verleumdungen bei dem nächsten Wahlkampf von
deutschnationaler Seite gefaßt machen.

Der Arbeiter als Steuerzahler.

Das Kernstück der vom Reichskabinett inzwischen verab-
schiedeten Steuernotverordnung bildet die Änderung der
Einkommensteuer für das Jahr 1924. Dabei kommt
der Neuregelung des Lohnabzuges besondere Bedeutung
zu. Ist doch der Lohnabzug bisher der finanziell bedeutungs-
vollste Bestandteil der Einkommensteuer gewesen und zugleich
die ertragreichste Steuer im ganzen deutschen Steuersystem
überhaupt. Das geht aus folgenden Zahlen hervor:

Table with 2 columns: Year (1923, 1924) and Percentage of Income Tax. Rows list months from January to October.

Danach brachte die Lohnsteuer im Durchschnitt der ersten
zehn Monate des Jahres 1923 etwa 80 Proz. der gesamten
Einkommensteuer. In dieser Berechnung sind die verhältnis-
mäßig erheblichen Beträge enthalten, die im April und Mai
1923 von den Veranlagungspflichtigen als Steuer für das
ganze Jahr 1922 entrichtet wurden. Nimmt man diese Be-
träge heraus, so ergibt sich ein Anteil der Lohnsteuer von
etwa 90 Proz. Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtauf-
kommen von Steuern betrug während der Monate Januar
bis Juli durchschnittlich 30 Proz., von August bis Oktober
durchschnittlich 20 Proz. Die Verringerung des Anteils der
Lohnsteuer im letzten Vierteljahr ist aber keine Entlastung des
einzelnen Steuerpflichtigen. Sie ist vielmehr hervorgerufen
vor allem durch das starke Sinken des Reallohnes,
durch die Massen-Arbeitslosigkeit und die Kurz-
arbeit. Sie ist in gewissem Umfang aber auch die Folge der
stärkeren Steueranspannung, die seit August durch die er-
höhten Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körper-
schaftssteuer, durch die Rhein-Ruhr-Abgabe und die Betriebs-
steuer eingetreten ist.

In keinem Lande der Welt bringt die Besteuerung des
Arbeitseinkommens trotz viel höherer Reallohnes derart hohe
Erträge. In England, Frankreich, Amerika und anderen hoch-
industriellen Ländern sind Einkommen aus Arbeit in Höhe
von mehreren tausend Goldmark völlig steuerfrei, in
Italien, Deutsch-Oesterreich usw. nur mit 2-3 Proz. Steuer
belastet. Die gewaltige finanzielle Bedeutung des Lohnabzuges
in Deutschland beruht vor allem auf der Erhebung an der
Quelle. Sie ist ferner aber auch eine Folge der Infla-
tion. Die Geldentwertung machte alle Besitzsteuern un-
wirksam. Für den Lohnabzug aber, der sofort bei der
Lohnzahlung zu entrichten war und nicht erst Wochen und
Monate nachher wie die Besitzsteuern, bedeutet die Geldent-
wertung eine gewaltige Verschärfung. Sie zerstörte die
Wirkung der sozialen Ermäßigungen und führte dauernd zu
einer unbeabsichtigten Heberlastung.

Von den sozialen Ermäßigungen beim Lohnabzug hatte
ursprünglich die Freilassung von Einkommensbeträgen für
den Verdienner selbst wie für seine Frau und seine Kinder den
Sinn, das zum Lebensunterhalt Notwendige — das Existenz-
minimum — von der Steuer freizulassen. Auch nach-
dem die sozialen Ermäßigungen nicht mehr die Freilassung
des Existenzminimums bedeuten konnten, hatten sie die wich-
tigste Aufgabe, die Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger
durch die Lohnsteuer nach der Höhe ihres Einkommens und
nach der Größe ihres Familienstandes abzustufen, also die
Lohnsteuerbelastung um so mehr herabzudrücken, je geringer
das Einkommen im Verhältnis zum Existenzminimum war.
Die immer schneller vorwärts rasende Teuerung machte die
Neufestsetzung der Ermäßigungsbeiträge in immer kürzeren
Zeiträumen notwendig. Während die Preise täglich stiegen,
konnte die Anpassung nur wöchentlich erfolgen. Da außerdem
die Beträge für die kommende Woche schon in der Mitte der
vorhergehenden Woche festgesetzt werden mußten, ergab sich
regelmäßig, daß die Teuerung schneller und weiter fortgeschritten
als erwartet werden konnte und dadurch die Ermäßigungen
unzulänglich und wirkungslos machte.

So kam es, daß beispielsweise ein Berliner Buchdrucker
mit vierköpfiger Familie in diesem Jahre an Lohnsteuer zahlen
mußte: in 6 Wochen 9 bis 10 Proz., in 12 Wochen 7 bis
9 Proz., in 20 Wochen 5 bis 7 Proz., und nur in 7 Wochen
weniger als 5 Proz. seines Wochenlohnes. Die Durchschnitts-
belastung in diesen 45 Wochen betrug danach 6 bis 7 Proz.,
während sie, wie allseitig anerkannt, nur 4 bis 5 Proz. betra-
gen sollte. Erst in den letzten 5 Wochen, seitdem die Markt-
entwertung in ruhigere Bahnen gekent ist, ist eine erträgliche
Belastung eingetreten, so daß viele Arbeiter seit dieser Zeit
gänzlich steuerfrei sind.

Ganz ähnlich waren die Wirkungen auf die Ermäßigungs-
beiträge zur Abgeltung der Werbungskosten. Sollten

Bezugspreis:
Von 18.-22. Dezember 1 Million oder
1 Goldmark vorans zahlen. Unter
Kreuzband vom 18.-22. Dezember für
Deutschland, Danzig, Saar- u. Rhein-
gebiet, Oesterreich, Litauen, Luga-
burg 1,35 Goldmark, für das übrige
Europa 1,00 Goldmark. Kreuzband-
sendungen nur gegen wertbeständige
Zahlung, Postbezugspreis freibleibend.

Der „Bismarck“ mit der Sonntag-
beilage „Volk und Zeit“ u. „Siedlung
und Kleingarten“, sowie der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Kopfszeile
zählt 0,70 Goldmark, Restzeile
0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“
das fettgedruckte Wort 0,20 Gold-
mark (ausfüllig zwei fettgedruckte
Wörter), jedes weitere Wort
0,10 Goldmark. Stellenaussuche das
erste Wort 0,10 Goldmark, jedes
weitere Wort 0,05 Goldmark.
Wörter über 15 Buchstaben zählen
für zwei Wörter. Familienanzeigen
für Abonnenten 0,30 Goldmark.
Eine Goldmark — ein Dollar geteilt
durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Dampfesäß, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Öffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

nicht zulassen, daß man die Frage der Besetzung wieder
anschnide.

Die Regierungen von Paris und Brüssel würden das Land, dessen
Besitz sie sich infolge der deutschen Verfehlungen hätten sichern
müssen, nur nach Nachgabe der Zahlungen aufgeben, wie
dies schon offiziell angekündigt worden sei, jedoch sei man in Paris
geneigt, sich mit den offiziellen deutschen Vertretern

über die Art der Besetzung zu verständigen.

Außerdem werde man sich einer Erörterung mit der Reichs-
regierung über die Verpachtung (Amortisation) des westfälischen
Industriegebietes nicht widersetzen, insbesondere könnten die
zwischen den deutschen Industriellen und der Ricam geschlossenen
Verträge anlässlich einer Wiedererneuerung, die im Monat April
erfolgen werde, zum Gegenstand offizieller Verhandlungen zwischen
Paris und Berlin gemacht werden. Was endlich die

rheinische Frage

anlange, deren Behandlung anlässlich des Schrittes des deutschen
Geschäftsträgers angekündigt worden sei, so handle es sich hier um
eine recht vage Formel. Wenn es sich um die militärische
Besetzung handele, so seien durch den Friedensvertrag die Bedin-
gungen hierfür vorgezeichnet, namentlich, was die Räumungs-
frist anbelange, so seien diese ausdrücklich von der Ausföhrung
der Verpflichtungen abhängig gemacht worden. Hier handle es sich
um formell unantastbare Festsetzungen. Für den Fall, daß
Deutschland vom rheinischen Separatismus sprechen wolle,
sei es zweifelhaft, ob man französischerseits eine Eröberung hier-
über annehmen werde, da es sich um eine innerdeutsche An-
gelegenheit handele. Frankreich beobachte strenge Neu-
tralität (!) in den besetzten Gebieten, habe also in dieses Problem
nicht einzugreifen.

Die Havasnote glaubt zum Schluß noch versichern zu können,
daß die belgische Regierung eine gleiche Haltung wie Frankreich
einnehmen werde. Ueber diesen Gegenstand hätte zwischen den
beiden Kabinetten ein Meinungsaustausch stattgefunden.

Léon Blum gegen Poincaré.

Paris, 14. Dezember. (WIB.) Die Kammer beschäftigte sich
heute mit der Außenpolitik. Abg. Léon Blum (Soz.) interpellierte
über die Maßnahmen, welche die Regierung zu ergreifen gedenke,
um in dem Maße, wie die Umstände es gestatten, die verhängnis-
vollen Folgen der Ruhrbesetzung und der allgemeinen Politik in
der Reparationsfrage zu beseitigen. Er macht der Regierung zum
Vorwurf, daß sie nach Einstellung des passiven Widerstandes nicht
mit Deutschland verhandelt. Noch vor wenigen Tagen seien die
französisch-deutschen Beziehungen gespannt gewesen. Man habe so
etwas wie ein Waffengedrösch vernommen. Auch die Haltung gegen-
über England, mit dem eine Verständigung erforderlich gewesen
wäre, sei nicht günstig gewesen. Die augenblickliche Politik Frank-
reichs könne ihm in der ganzen Welt nur schaden. Sie bringe
auch keine Reparationen ein, habe im Gegenteil die

Zahlungsfähigkeit Deutschlands zerstört.
Die Haltung sei so gewesen, daß in der ganzen Welt Frankreich
Vorherrschabsabsichten zugeschrieben wurden, die es nicht
habe. Man müsse jedoch zugeben, daß Frankreichs Haltung diese
Meinung bestätige. Blum geht auf die Vorgeschichte der Ein-
berufung einer Sachverständigenkonferenz ein und erinnert an die
Abkündigung der Vereinigten Staaten. Poincaré unterdrückt und er-
klärt, die französische Regierung glaube, daß es unmöglich sei, eine
internationale Sachverständigenkonferenz einzuberufen, weil
hierdurch die Reparationskommission umgangen würde, welche
allein die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abschätzen könne. Es
sei auch nicht möglich, daß die Regierung selbst eine Konferenz ein-
berufe, die unter der Kontrolle der Reparationskommission stehe,
aber die Reparationskommission habe immer das Recht, selbst eine
Sachverständigenkommission zu ernennen. Abg. Blum bleibt dabei,
daß durch die widerprüchliche Haltung der französischen Regierung
die Lage verwickelter geworden sei. Die Regierung habe ihr Ver-
halten geändert. Am 25. Oktober habe sich Poincaré gegen den

Diese Werbungskosten, die bei einem gering bezahlten Arbeiter einen viel höheren Teil seines Lohnes verschlingen als bei einem gutbezahlten, ursprünglich ganz von der Steuer freilasse, so machten die Ermäßigungen für Werbungskosten beispielsweise bei einem Berliner Buchdrucker in der ersten Oktoberwoche nur 34,4 Proz. der tatsächlichen Werbungskosten aus, in der zweiten Oktoberwoche 18,9 Proz., in der dritten 11,5 Proz. und in der vierten nur 7,5 Proz. Erst seit der zweiten Novemberwoche sind die Ermäßigungen auch tatsächlich so hoch wie die Werbungskosten.

Diese augenblickliche Atempause, die als Ausgleich gegen die Überlastung während des ganzen Jahres dringend erforderlich war und von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durchgesetzt wurde, soll durch die Steuernotverordnung ihr Ende finden. Das Reichsfinanzministerium will auf Drängen der Arbeitgeber „Bereinfachungen“ vornehmen. Nach dem Entwurf einer zweiten Steuernotverordnung soll der Steuerabzug vom Arbeitslohn auf eine neue Grundlage gestellt werden. Der Gedanke, das Existenzminimum steuerfrei zu lassen, soll ganz fallen gelassen werden, so daß es künftig nur noch Ermäßigungen zur Abgeltung der Werbungskosten und zur Berücksichtigung des Familienstandes geben soll. Zur Abgeltung der Werbungskosten wird eine allgemeine Freigrenze eingeführt. Unabhängig von der Lohnhöhe sollen wöchentlich 12 Goldmark gänzlich steuerfrei sein. Der überschüssige Betrag des Lohnes ist grundsätzlich mit 10 Proz. zu versteuern, jedoch ermäßigt sich dieser Steuersatz für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind um 1 Proz.

Diese Neuregelung bedeutet beispielsweise bei einem Wochenlohn von 30 M. für einen ledigen Arbeiter eine Belastung von 6 Proz., für einen verheirateten Arbeiter 5,4 Proz., bei einer dreiköpfigen Familie 4,8 Proz., bei einer vierköpfigen Familie 4,2 Proz., bei einer fünfköpfigen Familie 3,6 Proz. usw. In dieser Form ist die Neuregelung aller Voraussetzungen nach eine Verschärfung. Sie wird in einer Zeit vorgenommen, in der der Reallohn seinen niedrigsten Stand erreicht hat. Da 30 Goldmark bei der herrschenden Goldsteuerung heute wenig mehr als 15 Friedensmark sind, und da eine Erhöhung der Löhne über kurz oder lang kommen muß, ist die vorgeschlagene Belastung unerträglich. Insbesondere ist eine Freigrenze von 12 Goldmark bei weitem zu niedrig. Soll ein Kurzarbeiter, der drei Tage arbeitet und 15 M. in der Woche verdient, von diesem Hungerlohn auch noch Steuern zahlen? Angesichts der ungeheuren Kurzarbeit wird hier die Gefahr einer neuen Überlastung des Lohnabzuges hervorgerufen. Seit 5 Wochen sind die meisten Arbeitnehmer lohnsteuerfrei, weil ihr Lohn weit unter das Existenzminimum geklungen ist. Eine solche lohnsteuerfreie Zeit wird es nach der Neuregelung nicht mehr geben, viellecht nicht einmal bei Kurzarbeitern.

Solchen „Bereinfachungen“ die eine Verschärfung gegenüber der bisherigen Belastung bedeuten, wird man die allergrößten Bedenken entgegenbringen müssen. Im übrigen ist festzustellen, daß die Steuervorläufe der Regierung, soweit sie bisher über ihre finanzielle Wirkung ein Bild gewinnen läßt, trotz harter Belastung im einzelnen unzulänglich sind und kein wirksames Mittel gegen die Inflation bieten. Deshalb ist die Stellung zum Lohnabzug abhängig von dem Gesamtsteuerprogramm der Regierung.

### Heße gegen Schacht. Zugunsten Helfferichs.

Der Reichsrat dürfte am kommenden Dienstag endgültig von seinem Recht Gebrauch machen, einen Kandidaten für das Amt des Reichsbankpräsidenten vorzuschlagen. Die preussische Regierung hat den Währungskommissar Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten in Vorschlag gebracht. Es ist anzunehmen, daß sich die Mehrheit der Landesvertreter im Reichs-

rat auf diesen Vorschlag einigen wird und, da die einfache Mehrheit auch bei dieser Wahlung ausreicht, Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten vorgeschlagen und vom Reichspräsidenten ernannt wird. Für Dr. Helfferich haben sich lediglich Bayern und einige preussische Provinzvertreter ausgesprochen. Hier waren nicht sachliche, sondern politische Gründe maßgebend.

Die Deutschnationalen sind über die Erledigung der Kandidatur Helfferich selbstverständlich äußerst entrüstet, und da ihre Presse nicht einen einzigen sachlichen Grund, der gegen Schacht sprechen könnte, anzuführen kann, wird nach altem Brauch versucht, den jetzigen Währungskommissar mit unbegründeten persönlichen Anwürfen als Reichsbankpräsidenten unmöglich zu machen. Bei dieser Gelegenheit wird Helfferich als die „allererste Autorität auf dem Gebiete des Finanzwesens“ und als der „einzige deutsche Finanzpolitiker von europäischem Ruf“ wie ein Geschenkartikel auf dem Weihnachtsmarkt angeboten, während es von Dr. Schacht heißt, er „dürfe nicht Präsident der deutschen Reichsbank werden, bevor gewisse Antezedenzien, die ihn betreffen, geklärt sind“. Herr Schacht ist nämlich Vorsitzender des Aufsichtsrates der Evaporator-Aktiengesellschaft, deren Direktor, Kommerzienrat Litwin, beschuldigt wird, größere Devisenabschiebungen vorgenommen zu haben. Dieses Beschreibsel, in dem die Lobeshymnen über Helfferich unseres Wissens der vertraulichen Begründung der Kandidatur Helfferich durch die Reichsbank wörtlich entnommen sind, erinnert lebhaft an die Heße, der Eraberger und Rathenau zum Opfer fielen, die zum Mordverurteil an Scheidemann führte und die Eberl und andere verdienstvolle Männer der Republik über sich ergehen lassen mußten. Immerhin kann die Rechtspreffe Herrn Schacht durch einen Fall Litwin unmöglich die Ehre abschneiden, da die Beschuldigungen gegen Kommerzienrat Litwin bis jetzt zu einer gerichtlichen Entscheidung nicht geführt haben, obwohl sie seit Mitte Juli bei den Gerichten anstehen. Doppelt unanständig ist es deshalb, diese Vorwürfe zu erheben, ohne abgewartet zu haben, ob sie überhaupt zutreffen. Daß Dr. Schacht nicht das geringste mit ihnen zu tun hat, wird sich ergeben, sobald der Fall seine gerichtliche Erledigung gefunden hat.

### Bayerische Krise.

München, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das bayerische Ermächtigungsgesetz, dessen Geltungsdauer bis 1. April 1924 festgesetzt ist, gibt dem Gesamtministerium die Vollmacht, zur Sanierung des Staatshaushalts auf finanzuellem, wirtschaftuellem und sozialem Gebiete Maßnahmen zu treffen, die auch von den Vorschriften der Verfassung abweichen. Die Auswirkung des Gesetzes erstreckt sich in der Hauptsache auf den Beamtenabbau, Rentnerabbau, Verringerung der Zahl der Abgeordneten des Landtages, Zusammenlegung der Ministerien von 8 auf 5, wobei voraussichtlich die Ministerien für Soziale Fürsorge, für Landwirtschaft und für Handel als selbständige Ressorts zu bestehen aufhören, ferner auf Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten. Ueber diese Sparmaßnahmen hinaus wird die Regierung im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes auf eine ganz beträchtliche Vermehrung der Einnahmen bedacht sein müssen, insbesondere auf eine Erhöhung der Steuern, zumal im letzten Steuerjahr die Ertragssteuern Bayerns (Grundsteuern usw.) gar nicht eingehoben wurden, weil die Einhebung dem Staat mehr gekostet als die Steuerentnahmen betragen hätten. Dieses Ermächtigungsgesetz ist also ein verfassungsänderndes Gesetz, zu dessen Annahme eine Zweidrittelmehrheit, also 106 Stimmen, erforderlich ist. Man nimmt an, daß diese Mehrheit gesichert ist, nachdem die Demokraten, die eigentlich in Opposition zur Regierung Knilling stehen, durch gewisse Zugeständnisse gewonnen wurden. Trotzdem ist eine Gefährdung des Gesetzes nicht ausgeschlossen, da, wie man hört, der linke Flügel der Bayerischen Volkspartei der Abstimmung am kommenden Mittwoch fernbleiben will. Es ist jene Richtung in der Bayerischen Volkspartei, die, ohne daß das nach außen hin

deutlich in die Erscheinung getreten wäre, in Opposition zu der Politik Knilling und Kahr steht, diejenigen Leute also, die anscheinlich der letzten Regierungskrise beitreten waren, die Konsequenzen aus der zusammengebrochenen Regierungspolitik des 8. November zu ziehen. Diese sogenannte „junge Richtung“ wird am besten gekennzeichnet durch einen Artikel, der in der Zeitschrift „Der Allgemeine Rundschau“, einer in München erscheinenden führenden katholischen Wochenschrift, veröffentlicht ist. Am Schluß des Artikels heißt es:

„Die eigentliche Krise war ein Gegenstück Knilling-Schwenker. Die Krise ist beigelegt. Die Bayerische Volkspartei hat Knilling sowohl wie Schwenker geheissen. Sie hält auch Kahr, dessen Verhältnis zu beiden weder objektiv noch subjektiv so ganz einfach ist. Praktische Politik führt sich auf Stimmung im Lande, und die kann erden Bahnen sprechen für diese Stimmung. Eine Politik der klaren Sinne nach hohen festen Zielen ist das nicht, wenn in den letzten drei Jahren, sogar nach dem glücklichen Scheitern Hitler-Pulsch und dem anschließend aufbrechenden Geschwür des Katholizismus die Stunde gekommen, gründlich aus- und aufzuräumen. Die Zeitung mußte in die Hände derer kommen, die von vornherein gegen die bewaffnete Nebengewalt gesteuert haben. Verschwinden sollte aus der Werksarbeit unserer Partei die ganze, der Kleinrenten Rechte entziehende Ideologie vom nationalen Staat zum Sozialismus, von christlich und deutsch wider jüdisch und marxistisch. Letztere Apoptose erinnert gar zu sehr an den blutig geschichteten jüdischen christlichen Kurs in Ungarn. Keine verwischene Sammelpartei. Sammelt nicht immer, hebt lieber einmal.“

Wenn die Angehörigen dieser Richtung in der Landtagsfraktion auch noch nicht zahlreich sind, so genügt bei vollbesetztem Hause die Abwesenheit von einem halben Duzend Personen auf der bürgerlichen Seite, um den Regierungsentwurf des Ermächtigungsgesetzes zu Fall zu bringen. Da aber kaum mit einem vollbesetzten Hause zu rechnen ist, so hängt das Geschick in der Hauptsache von dem Verhalten der 41 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion ab. Der Fraktionsführer Genosse Limm hat bereits in seiner Rede im Ausschuss deutlich hervorgehoben, daß die Sozialdemokratie selbstverständlich der Regierung Knilling die geplante Ermächtigung nicht bewilligen werde.

### Neuwahlen in Sachsen?

Dresden, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der überreichend eingebrachte Wählereinstellungsentwurf der demokratischen Landtagsfraktion, der den Rücktritt des Kabinetts Jellisch zur Folge hatte, ist von den Demokraten erst am Freitagvormittag formuliert worden, nachdem die im Verlauf der letzten Tage geführten Einigungsverhandlungen endgültig gescheitert waren. Die durch die Demission des Gesamtkabinetts geschaffene Lage ist einwilligen vollkommen undurchsichtig. Verfassungsgemäß bleibt die Regierung bis zur Bildung eines neuen Kabinetts im Amt. Es ist dem Entschens des Landtagspräsidenten angehängelt worden, die Wahl eines Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung der Dienstag- oder Mittwoch Sitzung des Landtages, der letzten vor den Weihnachtsferien, zu setzen. Vorläufig besteht wenig Wahrscheinlichkeit dafür, daß eine Neubildung der Regierung bis dahin stattfinden wird. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß die Kommunisten oder Deutschnationalen am Dienstag oder Mittwoch einen Auflösungsantrag einbringen und daß, falls dieser Antrag angenommen wird, das Kabinett Jellisch als Wahlkabinett im Amt bleibt. Am Sonnabend findet eine Sitzung der sozialdemokratischen Landesinstanzen statt, der große Bedeutung beigemessen ist.

### Die Arbeitszeit in der Schwerindustrie. Ein Vorschlag zur Uebergangsregelung.

Breslau, 14. Dezember. (Gen.) In der Frage des Arbeitszeitabkommens der Schwerindustrie wurde heute vor dem Reichsarbeitministerium nachfolgende Uebergangsregelung bis zum 1. Juli 1924 mit einmütiger Zustimmung zwischen dem Arbeitgeberverband Nordwest und den Reichsarbeitergemeinschaften, Deutscher Metallarbeiterverband, Christlicher Metallarbeiterverband, Gewerkschaften Hirsch-Düncker getroffen. Zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft wird

### Wie Dostojewski arbeitete.

Dostojewski gehört bekanntlich, obgleich er außerordentlich fruchtbar war, zu den Dichtern, die zeitlebens aus der Geduld nicht herauskommen. Sie sich bei ihm die Misere des täglichen Lebens, die Notwendigkeit, Geld zu beschaffen, und dichterische Tätigkeit zu einem phantastischen Spul die Hand reichen, geht aus Briefen an seinen Freund Apollon Raikow hervor, die in seinem Nachlaß gefunden wurden. (S. R. Dostojewski, „Petersburger Träume“, R. Piper u. Co., München, 1923.)

Anfang des Jahres 1868 befand sich Dostojewski mit seiner zweiten Frau, die kurz vor der Niederkunft stand, in Genf. In Rußland hatte er neben seinem Mobilar, das er bei einem Geschäftsmann gegen hohe Monatsmiete untergestellt hatte, einen ebenso leichtsinnigen wie anspruchsvollen Stiefsohn seiner ersten Frau, eine bedürftige Mutter seiner zweiten Frau, Schulden und einen Verleger zurückgelassen, der ihm 4500 Rubel dorgezogen hatte und den er wiederholt um Vorschüsse für einen auf bestimmte Frist zu liefernden Roman erluchen mußte.

Im Januar sollte der erste Teil des Romans, der in laufenden Fortsetzungen in einer Zeitschrift erscheinen sollte, abgeliefert sein. Im Mantel, bei 5 Grad Wärme, arbeitete er an dem Werk. Alle unbedeutlichen Sachen wanderten in das Pfandhaus, um das nackte Leben zu ermöglichen. Es wurde ihm zur Gewohnheit, dieses Institut am Monatsende aufzusuchen, um seine Habe zu verpfänden und sie Anfang des nächsten Monats wieder einzulösen. Er sah seinen Menschen außer seiner Frau. Selbst der Briefwechsel blieb liegen.

„Ich habe gearbeitet und mich gequält“, schreibt er an seinen Freund. „Wissen Sie, was es heißt, dichten? Nein, Sie wissen es, Gott sei Dank, nicht! Auf Bestellung und nach der Eile haben Sie, glaube ich, nie geschrieben und diese häßliche Qual nicht empfunden.“ Der ganzen Sommer und den ganzen Herbst über hatten ihn tausend Pläne für den versprochenen Roman verfolgt. Aber nichts hielt stand vor seinen kritischen Erwägungen. Schließlich blieb er bei einer Idee stehen, begann zu arbeiten und schrieb sehr viel. Aber am 4. Dezember, einige Stunden bevor ein weiterer erbetener Vorschuss auf den Roman eintraf, warf er das Ganze zum Teufel. „Ich verschlere Ihnen“, schreibt er seinem Freunde, „der Roman hätte mittelmäßig werden können, aber er widersteht mir an, gerade weil er nur mittelmäßig, und nicht positiv gut wurde.“

Was nun? Da seine ganze Zukunft davon abhing, quälte er sich, wie er sich ausdrückte, mit dem „Erfinden“ eines neuen Romans. Vom 4. bis 18. Dezember hatte er täglich durchschnittlich sechs Pläne. „Mein Kopf verwandelte sich in eine Mühle. Ich verstehe nicht, daß ich nicht verrückt wurde.“ Am 18. Dezember begann er dann mit einem neuen Roman, und am 5. Januar bereits konnte er seinem Verleger fünf Kapitel des ersten Teiles, sechs Tage später die beiden Restkapitel schicken.

Über nunmehr verfolgen ihn Zweifel, ob das Geschriebene auch etwas taue. In ein und demselben Briefe, der wie alle seine Briefe ein sehr interessantes Zeugnis von den ewig wechselnden Stimmungen des Dichters, von keinen inneren Kämpfen und Zweifeln ablegt, jagen sich die verschiedensten Urteile. „Eigentlich weiß ich selbst gar nicht, was ich abgeliefert habe. Aber sofern ich urteilen kann, ist es kein sehr hervorragendes und durchaus kein effektvolles Werk.“ heißt es im Anfang. Nur wenige Zeilen darauf wird er hoffnungsvoller: „Der erste Teil ist meiner Meinung nach schwach, aber ich glaube, daß es eine Rettung gibt: es ist nämlich noch nichts kompromittiert und alles kann in den ferneren Teilen noch befriedigend entwickelt werden. (O, wenn es mir doch gelänge!)... Ich habe nur einen einzigen Leser: Anna Grigorjewna (meine Frau). Ihr gefällt es sogar sehr. Aber in meiner Sache ist sie kein Richter.“ Und dann kommt zum Schluß des Briefes eine Stelle, an der sich der Optimismus vollends Bahn bricht: „Nebenbei ist niemand Richter über sich selbst, besonders in seiner Aufregung. Vielleicht ist auch der erste Teil nicht schlecht.“

Der Roman, der unter sovielen Qualen und Zweifeln entstanden ist, trägt den Titel „Der Idiot“ und gehört zu den Meisterwerken der Weltliteratur.

### Die Entwicklung der poetischen Begabung.

Der bedeutende englische Romandichter und Dramatiker John Galsworthy erzählt in der Vorrede zu seinen großen Romanen, daß die Dichter selbst ihre Schriften erläutern, nach dem Vorbild Shaws immer bestrebt werden, so stellt auch Galsworthy den einzelnen Bänden seiner Schriften interessante Redensarten voran, die wertvolle Beiträge zur Erkenntnis des dichterischen Schaffens bieten. Dem vierten Band seiner Werke, der eine Reihe kleinerer Geschichten enthält, hat er ein Vorkenntnis vorausgeschickt, in dem er über sein Dichterverden und überhaupt über die Entwicklung der poetischen Begabung plaudert.

Er gesteht, daß er in diesen frühen Geschichten erst gelernt habe, seine Persönlichkeit in seinen Schöpfungen auszudrücken. Es sei ja ein wesentlicher Zug des Dichtertums, die Haltungen zu überwinden, die die schriftliche Niedersetzung der Gedanken und Gefühle dichtet. Der Dichtersinn und besonders der sogenannte Unbewußte, der kein beschwerliches literarisches Gedächtnis mit sich trägt, verfügt häufig über eine erstaunliche Habe, seine Persönlichkeit in allem, was er sagt, ausströmen zu lassen. Darauf beruht der besondere Reiz der Volkspoesie, der Sprichwörter und Redensarten. Dem Dichter aber fällt es zunächst sehr schwer, sich beim Schreiben so zu geben, wie er ist. Er fühlt sich im freien Wollen seiner Phantasie durch die Rücksicht auf das Publikum gehindert, und seine Erfindungen werden deshalb häufig trüben und dünn erscheinen. Er muß erst die Fähigkeit gewinnen, alle seine Beobachtungen und Empfindungen mit dem persönlichen Gehalt seines Wollens zu durchdringen, und das ist keine leichte Aufgabe. Dichter, die ihre Individualität vollständig in ihre Gestalten

legen, wie Dickens und Thackeray, stehen hoch über den kühnen, mehr objektiven Betrachtern. Galsworthy spricht seinen ersten Gesichten und Stücken nur das Verdienst zu, daß sie gleichsam seine Begabung befreit haben, daß sie ihm den vollkommenen Zusammenhang, die enge Beziehung zwischen der Umwelt und dem Dichter schufen und ihn zugleich lehrten, die unmittelbare Wirkung auf den Leser oder Zuschauer auszuüben.

Steinen, der bekannte Pariser Griffeiläufer, ist gestern im Alter von 64 Jahren gestorben. Das Hauptgebiet seines ungenügend fruchtbar Schaffens war das soziale Elitenbild und die soziale Karikatur. Seine in ernstem, würdevollem Antlitz auftretenden Blätter, die sich auch als Wandplakat großer Beliebtheit erfreuten, haben den Namen des Meisters weit über Frankreichs Grenzen und vor allem auch bei uns in Deutschland populär gemacht. Auch um die Wiederbelebung der Plakatkunst hat Steinen sich große Verdienste erworben.

Eine Lokomotive mit einer Stundengeschwindigkeit von 158 Kilometern. Die amerikanische General Electric Company hat dieser Tage auf ihren Gleisen in New York Probefahrten mit einem neuen, von ihr konstruierten Lokomotivtyp ausgeführt. Die Maschine wurde in ihren Versuchs im Auftrag der französischen Eisenbahngesellschaft Paris-Orleans hergestellt, die die Bedingung gestellt hatte, daß die Lokomotive eine Stundengeschwindigkeit von 130 Kilometern entwickeln müsse. Bei der Probefahrt zeigte die Lokomotive eine über diese Bedingungen noch weit hinausgehende Leistungsfähigkeit, indem sie in der Stunde 158 Kilometer zurücklegte.

Abnahme der neuen Briefmarken. Die Ueberfülle von neuen Briefmarken, die nach dem Kriege in den verschiedenen Ländern entstanden ist, scheint 1923 ihren Höhepunkt erreicht zu haben und ist jetzt im Abnehmen. Während nämlich das vergangene Jahr noch 2304 neue Briefmarkenschöpfungen gebracht hat, sind 1923 bis Ende November nur 1010 in den Verkehr gelangt, und die Zahl der Neuschöpfungen, die noch im Dezember zu erwarten ist, ist ganz gering. Die Briefmarkensammler werden sich also jetzt wieder etwas erholen können. In den wichtigsten Ländern ist jetzt eine gewisse Stabilität der Nachkriegsbriefmarken eingetreten, und auch bei uns, wo bisher noch die meisten neuen Marken herausgebracht wurden, scheint mit der Rückkehr zu den Nennwerten der Abschuß der „Haufe“ erreicht zu sein. Etwa ein Drittel aller Briefmarken, die im Jahre 1923 ausgegeben wurden, tragen einen Sondercharakter, waren für die Luftpost, für Wohltätigkeit oder zur Erinnerung geschaffen. Die Zahl von etwa 1000 neuen Arten, die in diesem Jahre zu verzeichnen ist, entspricht ungefähr der Neuschöpfung vor dem Kriege.

Museumsführungen. Sonntag, vorm 9 Uhr, wissenschaftliche Führungen durch Direktionsräume im Kaiser-Friedrich-Museum (L. Müller, Dr. Müller) und im Museum für Vögelkunde („Ornithologie“, Direktor Dr. Müller).

Der Männerchor Harmonie (H. v. H. S.) gibt Sonntag, 3 Uhr, in der Staatlichen Opern- und Schauspielbühne (H. v. H. S.) ein Konzert, in dem Julius Dapke (Klavier) und Frau Schmitt (Sopran) mitwirken.

für die eisenhaltende und verarbeitende Industrie die Arbeitszeit vorübergehend anderweitig festgelegt.

1. In den Betrieben der eisen- und stahlschaffenden und verarbeitenden Industrien, in denen bereits vor oder während des Krieges weniger als 10 Stunden gearbeitet wurde, geht diese Arbeitszeit weiter.

2. Die Sonntagsarbeit regelt sich nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung mit der Einschränkung, daß die 24stündige Beschäftigung nicht wieder eingeführt wird.

3. Es wird unzulässig geprüft, für welche Schwerarbeiter der höchsten, Stahl- und Walzwerkbetriebe sowie der Röhren- und Eisenwaren-Erleichterungen erforderlich sind. Insbesondere kommen in Frage solche Arbeiter, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten und dabei in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub, Gas und dergleichen ausgesetzt sind. Diese Erleichterungen bestehen in der Herabsetzung von Arbeitszeiten der Art, daß von den einzelnen Arbeitern in den sechs Wochentagen der normalen Arbeitszeit nicht mehr als 54 Stunden effektiv zu arbeiten sind. Dabei gelten Pausen und Arbeitsbereitschaft nicht als Arbeitszeit. Für die Bezahlung wird die tägliche zehnstündige Arbeitszeit zugrunde gelegt. Die Prüfung erfolgt in den einzelnen Betrieben unter Hinzuziehung der Arbeitervertreter, sie muß spätestens am 1. Februar 1924 beendet sein.

4. Für alle übrigen Arbeiter beträgt die normale Arbeitszeit ausschließlich der Pausen für die sechs Wochentage in den Hüttenwerken durchschnittlich 59 Stunden (Tageslohn 58, Nachschicht 60 Stunden), für die Arbeiter in der weiterverarbeitenden Industrie 57 1/2 Stunden.

Während die Arbeitgeber diese Abmachungen als das weitestgehende Einigenkommen bezeichneten, erklärten die Arbeitnehmervertreter, daß sie diese Frage nicht selbständig entscheiden könnten, sondern eine Abstimmung in den Werken vornehmen würden.

### Reichswehr gegen Wahlfreiheit.

#### Einberufung des Rechtsausschusses beantragt.

Im Auftrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat Genosse Dittmann folgendes Schreiben mit dem Ersuchen um Einberufung des Rechtsausschusses an den Reichstagspräsidenten gerichtet:

An den Herrn Präsidenten des Reichstags

Berlin.

Der Militärbefehlshaber des Wehrkreises IV, Generalleutnant Müller in Dresden, hat folgende Verfügung erlassen:

„Durch die Verordnungen des Chefs der Heeresleitung vom 20. November 1923 — die ich am 23. November 1923 bekanntgegeben habe — und durch meine Verordnung vom 11. Dezember sind die Organisationen und Einrichtungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Freiheitspartei, der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Allgemeinen Arbeiter-Liga (einschließlich Kommunistischer Arbeiterpartei Deutschlands), der Sozialistischen Arbeiterkollaboration, des Bundes Internationaler Arbeiterverbände verboten.“

Wird Rücksicht hierauf auch die Aufstellung von Wahlorschlägen dieser Parteien für die sächsischen Gemeindevahlen untersagt. Bereits eingereichte Wahlorschläge sind für die Wahlorgane unbeschädigt. Sie sind zurückzugeben. Neue dürfen nicht entgegengenommen werden.

Dresden, 12. Dezember 1923.

Der Militärbefehlshaber, Gen. Müller, Generalleutnant.“

Diese Verfügung des Dresdener Militärbefehlshabers verletzt Artikel 17 der Reichsverfassung und Paragraph 107 des Reichsstrafgesetzbuches. Sie hebt die dort garantierte Freiheit der Wahl bei Gemeindevahlen für bestimmte Teile der Wählerschaft auf. Gegen diese Verletzung der Reichsverfassung und des Gesetzes ist sofort Stellung zu nehmen und ihre Aufhebung zu verlangen. Ist die Pflicht und gemäß Artikel 48 Absatz 3 der Reichsverfassung das Recht des Reichstages.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages beantrage ich daher, unverzüglich veranlassen zu wollen, daß der für die Zeit der Vertagung des Reichstages mit der Prüfung der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Maßnahmen betraute Rechtsausschuss des Reichstages sofort zusammenberufen wird, um die Aufhebung der Verfügung des Dresdener Militärbefehlshabers zu erwirken.

Es ist um so mehr Eile geboten, als die sächsischen Gemeindevahlen bereits am 13. Januar 1924 stattfinden und für ungültig erklärt werden müssen, wenn die teilweise Aufhebung der Wahlfreiheit bestehen bleibt.

Ergebenst

Dittmann und Fraktion.“

#### Beipfehlung der Sozialdemokratie.

Dresden, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgende Anfrage eingebracht: „Ist der Regierung bekannt, daß das Wehrkreiskommando IV den Obersten Richter von der Staatspolizei beauftragt hat, die Teilnehmer an einer rein geschäftlichen Vorstandssitzung der SPD, Groß-Dresden am 4. Dezember 1923 festzusetzen und weiterhin zu beobachten? Ist sie bereit, bei der Reichsregierung Schritte zu unternehmen, um dazwischen verfassungswidrige Maßnahmen zu verhindern?“

Die Dresdener Polizei nimmt, wie bekannt geworden ist, Ermittlungen der Polizei vor, in denen die Mitgliedsversammlungen der Sozialdemokratischen Partei stattfinden.

Der Landtag hat am Freitag die Aufhebung der Immunität des Abg. Genossen Dr. Sachs abgelehnt. Für die Dauer des Landtages ist also die Klageerhebung, die General Müller beim Staatsanwalt wegen Veröffentlichung eines Artikels über das Vorgehen der Reichswehr in der „Dresdener Volkszeitung“ beantragt hatte, nicht möglich.

Dresden, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichswehrministerium hat bekanntlich gegen den von uns im Auszug veröffentlichten Bericht der sächsischen Regierung über die angebliche Beipfehlung der Reichswehr eine Erklärung veröffentlicht, in der gegen Minister Liebmann der Vorwurf der Unwahrhaftigkeit erhoben wurde. Von der sächsischen Regierung wurde dem Korrespondenten des „Soz. Parlamentsdienstes“ dazu erklärt:

„Es ist nicht richtig, daß anlässlich der Beipfehlung in Dresden am 21. Mai die sächsischen Minister Dr. Zeigner und Liebmann es auf das entscheidende bestritten haben, etwas von den in Frage stehenden Untersuchungen zu wissen. Im Gegenteil ist das der sächsischen Regierung vorliegende Material dem Reichswehrminister Geßler, der ein großes Interesse dafür gezeigt hat, zum Teil vorgelesen worden. Nur in Bezug auf einen vereinzelt bestimmten Fall haben die Minister dahin, daß er ihnen nicht bekannt sei. Das entsetzt auch den Sachverhalt. Unrichtig ist weiter, daß die Reichsregierung über Sturmbefehle der Nationalsozialisten in Zwickau an die Presse gemacht worden sei, ohne daß sie vorher den militärischen Stellen mitgeteilt worden. Richtig ist vielmehr, daß unmittelbar nach der Bekanntgabe des bisher nur zum kleinsten Teil bekanntgemachten Materials der Major Werner in Zwickau von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt und um Erlaß

# Schicksalsfragen der deutschen Presse.

Im großen Sitzungssaal des Preussischen Landtags fand Freitagabend eine vom Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der Deutschen Presse veranstaltete, zahlreich besuchte Rundgebung statt mit dem Thema: „Schicksalsfragen der deutschen Presse.“ Neben den Vertretern der Presse hatten sich Abgeordnete aller Parteien eingefunden.

Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden nahm

### Reichstagspräsident Marx

das Wort:

Wenn die Stunde jetzt ernst sei für die Presse, so ist sie auch ernst für das ganze deutsche Volk. Auch für dieses handelt es sich um Schicksalsfragen. Die inneren Verhältnisse lassen geradezu auch in manchen politischen Hindernissen und Erschwerungen unser Herz erzittern. Das geht, gerade kurz vor Weihnachten, kurz vor dem Schluss des Jahres so viele fürchterliche Tatsachen vor den Augen des gesamten deutschen Volkes über unsere finanzielle Zerrüttung, über die geradezu katastrophale wirtschaftliche Vernichtung vieler Existenzen vor uns hinziehen, das ist außerordentlich ernst das ist tragisch, geradezu erschütternd. Und dennoch müssen wir offen diesen Tatsachen ins Gesicht sehen: es ist so! Und wenn die Regierung den allerbesten Willen zeigt, das deutsche Volk, wenn irgend möglich, etwas aus dem tiefen Fall emporzuführen, wenn wir die weitestgehenden Forderungen an alle Schichten des deutschen Volkes stellen müssen dann geschieht das in dem Gedanken: wir wollen das deutsche Volk retten um seiner selbst willen. Die innere Lage ist ernst, die äußere nicht weniger. Unsere innere Lage kann selbst durch die stärksten und weitestgehenden Mittel dauernd nicht gebessert werden, wenn nicht die äußere Lage gebessert wird. Wir müssen nach so viele Steuern vorschlagen, nach so viele Opfer dem einzelnen auflegen: ehe nicht die Rhein- und Ruhrfrage gelöst ist und eine wirtschaftliche Beruhigung eingetreten ist, ehe kann die Frage der Sanierung nicht gelöst werden. Wir wollen nach außen den Frieden, Freiheit des Handels, marktes. Wir wollen deshalb mit unseren Widersachern, unseren politischen Gegnern verhandeln, aber wir beanspruchen auch, als Gleichberechtigte von ihnen anerkannt zu werden und in wahren Sinne als Gleichberechtigte an einem Tisch mit ihnen zu verhandeln.

In allen diesen Fragen handelt es sich in erster Linie um

### Schicksalsfragen des deutschen Volkes,

aber die günstige Erlebung dieser Dinge bedeutet auch wenigstens eine Etappe zur Erledigung der Schicksalsfragen der deutschen Presse. Politisches Leben und Presse stehen ja in der allerengsten Verbindung. Die Presse hat ein Recht darauf, im öffentlichen Leben als ganz besonderer Faktor angesehen zu werden.

Presse und Außenpolitik! Wie können wir uns nach außen hin ausreichende Sicherheit verschaffen, daß unsere Meinungen bekannt, richtig gewertet und anerkannt werden, wenn nicht die Presse unsere Meinung verbreitet? Wir haben es in traurig schrecklichen Jahren erlebt, was es heißt, eine Weltmeinung gegen sich zu haben. Und wer hat diese Weltmeinung herbeigeführt? Die Presse, eine leider irreführende Presse, die davor, was bei uns gutgemeint war, mißverstanden hat. Gerade die Presse wird dazu bestimmt sein, im Auslande unsere wahre Meinung und unsere wahren Absichten zu verbreiten.

### Ohne die Weltmeinung können wir nicht auskommen!

Wie würden unsere Absichten verkannt und mißverstanden, wenn nicht die Presse nach allen Richtungen hin Aufklärung verbreitete über die wahren Motive der Regierung und des Parlaments? Und wie schwer wird es der Presse gemacht, ihre öffentliche Aufgabe auszuführen und einzutreten für das, was sie als Grundgesetz anerkannt und als Ziel ihres Handelns?

Der Reichstagspräsident ging dann auf die heroldsche Hingabe so vieler Journalisten, Redakteure und Verleger im besetzten Gebiet ein und auf die Arbeit der Presse bei den Abstimmungen im Osten, Norden und in Oberschlesien.

### Ein Kulturfaktor ersten Ranges ist die deutsche Presse.

Das gesamte Geistesleben unserer Nation wird in erster Linie durch die Haltung der Presse bedingt, das unterliegt keinem Zweifel. Wenn das öffentliche Leben, die Gestaltung unseres ganzen Staatswesens in weitem Maße von der Mitwirkung der Presse bedingt ist, so ergibt sich der Schluss, daß die Presse als Institut der öffentlichen Wohlfahrt, als Institut zur Wahrung des öffentlichen Interesses und öffentlichen Wohls auch den Anspruch darauf hat, in dieser ihrer Eigenschaft von der Öffentlichkeit zum gesamten Volke und vom Staatswesen betrachtet zu werden. Durchaus wichtig ist die Sicherung der geistigen Vertreter der Presse, der Redakteure, in ihrer beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechtsstellung kommt in erster Linie die Frage in Betracht, ob den Redakteuren der Schutz des § 103 StGB, zuzubilligen ist, die

### Wahrnehmung berechtigter Interessen,

eine Frage, die in juristischen Kreisen außerordentlich bestritten ist und die bis in die letzten Jahre von den Gerichten fast allerorts erörtert worden ist. Erst im letzten Jahre haben sich Ansätze gezeigt, daß unter bestimmten Voraussetzungen auch dem Redakteur Schutz vor dem Schutz des § 103 StGB, angeht.

Selbstverständlich werden der Betätigung hoher Beamter schwerste Hemmungen bereitet. In erster Linie kommt es darauf an, den Journalisten und Redakteuren die

### persönliche Freiheit

zu gewähren. Die soziale und wirtschaftliche Stellung des Redakteurs muß so eingerichtet werden, daß er frei verfügen kann über

eines Schutzbefehls gegen die bekannten Nationalsozialisten er sucht worden ist. Werner lehnte dies Ersuchen ab. Er erklärte aber ausdrücklich, den Vorfall dem Wehrkreiskommando IV in Dresden zu melden. Wenn er seine Pflicht nicht erfüllt hat, so ist das nicht Schuld der sächsischen Beamten. Auch der Zivilkommissar Meier, der gerade in Zwickau anwesend war, hat zuge sagt, den Vorfall dem Wehrkreiskommando IV zu berichten. Das hat er auch tatsächlich getan. Die Behauptung, den militärischen Stellen sei diese Angelegenheit völlig unbekannt, ist demnach unrichtig. Es erregt sich der Kenntnis der sächsischen Regierung, ob dem Reichswehrministerium durch das Wehrkreiskommando IV über diese eigenartigen Zustände richtig berichtet worden ist. Die Verpflichtung hierzu lag jedoch dem Wehrkreiskommando IV bzw. dem Zwickauer Kommandeur Major Werner ob. Die unverzüglich eingeleiteten Untersuchungen müssen von neutraler Seite aus unter Mitwirkung der sächsischen Regierung durchgeführt werden. Sämtliche Angaben in dem Bericht der sächsischen Regierung entsprechen den Tatsachen und die zur Verfügung stehenden Unterlagen halten jeder sachlichen Untersuchung stand.“

Reichswehrminister Dr. Geßler wird am Sonnabend in Dresden eintreffen.

### Das Münster-Dynamitattentat.

#### Zwei Täter in München (?) verhaftet.

Münster, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Endlich ist es gelungen, zwei der Täter habhaft zu werden, die seinerzeit den Anschlag gegen das Redaktions- und Druckereisgebäude des hiesigen „Volkswillen“ unternommen haben. In München sind zwei junge Leute, ein Student und ein Buchdrucker, wegen Teilnahme an diesem Attentat festgenommen und nach Münster übergeführt worden. Sie sind beide geständig.

seiner Meinung, daß er frei von allen Hemmungen durch sittliche und staatliche Gesetzgebung auch vielleicht einmal etwas von der Meinung seiner Vorgesetzten und Arbeitgeber Abweichendes in der Öffentlichkeit veröffentlichen darf. Mit besonderer Genugtuung kann ich sagen, daß gerade die deutsche Presse in der ganzen Welt wegen ihrer Unbefangtheit und freien Meinungsäußerung des einzelnen gerühmt wird. Aber dann müssen wir auch die sozialen Verhältnisse danach gestalten. Was in meiner Kraft liegt, verspreche ich Ihnen, wie ich schon als Abgeordneter wiederholt gesagt habe, in meinem Kreis und in den Kreisen, auf die ich Einfluß habe, zu tun und für die Wohlfahrt und Hebung der gesamten deutschen Presse, in erster Linie, des Redakteurstandes, einzutreten. Von den Vertretern der Presse hängt ein großer Teil der geistigen Wohlfahrt ab. Für die Presse soll auch das deutsche Volk in erster Linie mitarbeiten. (Lebhafte Beifall.)

Als zweiter Redner des Abends ergriff sodann

### Reichstagspräsident Cöbe

das Wort. Ich sehe nicht nur eine schwere Benachteiligung für den Beruf, sondern für die Öffentlichkeit darin, wenn eine Unter schätzung, eine wirtschaftliche Gefährdung der Existenz der Mitarbeiter der Presse, der Redakteure und der Schriftsteller droht. Seltener sind zwei Faktoren so eng aufeinander angewiesen, wie Parlament und Presse. Seht die Presse einmal aus, verlieren die Verhandlungen sehr viel von ihrem Werte.

Redner erinnert daran, wie Fürst Bismarck durch das sogenannte Waukorfgesetz versucht habe, diese Öffentlichkeit einzuschränken. Dagegen hat sich überall das Prinzip durchgesetzt, daß die Kontrolle, ob der Abgeordnete den Intentionen der Wähler folgt, nur durch eine ausreichende Presseberichterstattung ausgeübt werden kann. Die Kunst, aus langen Eröffnungen einen brauchbaren und treffenden Bericht zu machen, wird oft sehr unterschätzt und selten sind die Eingebnisse eines Redners, der bei Einschätzung der Zeitungswirtschaft selbst eingeseht, daß er so sinnreiche und treffende Ausführungen von sich selber gar nicht erwartet hätte. (Große Heiterkeit.) Manchmal hört der Pressemann auf der Tribüne von einem Redner auch den Leitartikel, den er selbst vor sich oder zwei Logen geschrieben hat. (Heiterkeit.) Was die Presse dem Parlament entnimmt, ist unentbehrlich für die Entwicklung der staatsbürgerlichen Kenntnis und für die Information aller Volksschichten, auf denen das moderne Staatsleben fußt. Die Presse entnimmt nicht nur dem Parlament Material, sondern gibt auch dem Parlament Rohstoffe und Werkzeuge für die eigene Arbeit, für die Meinungsbildung des Parlaments und der Parlamentarier, auch durch die Berichterstattung aller Vorgänge in der Provinzpresse. All dies Material hält den Abgeordneten ständig auf dem Laufenden und gibt ihm einen Überblick über die öffentliche Meinung. Auch die Berichte über Verammlungen brauchen im Grunde, über die Vorgänge in den Organisationen sind Vorarbeiten, die für die Gesetzgebung durch die Presse brauchbar gemacht werden. Deshalb darf die Arbeit der Redakteure nicht unterschätzt werden, darf man nicht auf diesen Stand herabsehen und ihn herabdrücken. Als ich selbst den ersten Schritt zum Schutz der Redaktionssache tat, war das nicht nur vorübergehend, sondern für lange Zeit eine materielle schlechterstellung, obwohl mein Verleger in der Stellung seiner Redakteure nicht am weitesten zurückstand. Den Redakteuren fehlt noch die sichere Grundlage des Existenzminimums. Es ist zu beklagen, daß Sie sich organisieren und daß der Reichsverband der Deutschen Presse Sie zum solidarischen Handeln aufruft, gemeinsam zu wirken, nicht nur für den einzelnen Beruf, sondern auch im Interesse der Öffentlichkeit und des Parlaments, in dessen Namen ich diese Ausführungen mache. (Lebh. Beifall und Hänbeln.)

Chefredakteur Kermann („Deutsche Tageszeitung“) würdigt dann im einzelnen die Beaufsichtigung der Journalisten und verweist sie mit dem Glanz des Mittelalters, der Louvre dahingefahren ist. Nun hat es keinen Zweck, mit einer Glanzkarriere aufzuwarten, die meisten von Ihnen haben zuviel eigene Erfahrungen gemacht. Aber wenn es vorkommen kann, daß ein Berliner Journalist von anerkannter Qualität, der aus seiner Stellung vollkommen sichlos durch die misslichen Verhältnisse entfernt worden ist, schließlich kein Leben als Basträger bei einem Bauunternehmer fristen muß, bis es zum physischen Zusammenbruch kommt und er die Hilfe eines ausländischen Rätzlers annehmen muß, so sind das bezeichnende Streiflichter. Der Redakteur muß vor der Professionalisierung geschützt werden, er muß es auch deshalb, weil die aus ihr folgende nervöse Stimmung gerade für seine Tätigkeit gefährlich ist: die Verschärfung des Tones in der Presse ist vielleicht zum guten Teil darauf zurückzuführen. Der Redner weist den in der letzten Zeit mehrfach Presseleuten gemachten Vorwurf der Rücksicht als unberechtigt zurück. Der Redner warnt vor der Unterschätzung der geistigen Tätigkeit des Redakteurs. Der Journalist brauche in erheblichem Maße Idealismus. Erreicht sei es, daß eine große Zahl von Verlegern und Häuflern die soziale Lage ihrer Redakteure in Einklang zu bringen suchen mit ihrer sozialen Bedeutung. Es gibt aber leider auch Verleger, denen man die soziale Klasse vorläufig noch einigermaßen kräftig aufzwingen muß. Wir haben in neuerer Zeit mit einem

### Widerstreben gegen kollektive Gehaltsfestsetzung

zu tun. Soll die Presse eine „moralische Kraft“ im Sinne Schillers sein, so muß der Redakteur materiell, sozial und rechtlich gesichert sein, und zwar durch ein Journalistengesetz, das sich in Österreich durchaus bewährt hat. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende spricht in seinem Dank an die Redner die Hoffnung aus, daß diese Tagung für das gesamte geistige Leben der Nation von Nutzen sein möge.

### Das Putschregiment Waren.

Der Amliche Preussische Pressedienst schreibt: Durch die gesamte Presse sind vor kurzem amtliche Angaben über die Putschabsichten einer illegalen Formation des sogenannten Regiments Waren gegangen. Die „Deutsche Zeitung“ verucht, an Hand eines Berichtes „von gut unterrichteter Seite, diese Mitteilungen zu entkräften und als unrichtig hinzustellen. Es bleibt demgegenüber bei der Feststellung, daß das der Berliner Postischen Polizei vorliegende Material den unentzweifelbaren Beweis dafür erbracht hat, daß das sogenannte Regiment Waren, dessen Berliner Mannschaferversammlung vor kurzem teilweise aufgehoben wurde, unter dem Deckmantel der Arbeitsvermittlung für landwirtschaftliche Zwecke der bewaffneten Unterstützung eines etwa ausbrechenden Rechtspolizes dienen soll.

Wenn die „Deutsche Zeitung“ schon durch „gut unterrichtete Seiten“ Beziehungen zu dem Putschregiment Waren hat, so läßt sie wahrlich besser, auf die leitenden Leute dahin einzuwirken, daß sie in Deutschlands schwerster Zeit von dem verbrecherischen Wahnsinn bewaffneter Putschvorbereitungen ablassen sollen, anstatt daß sie vergeblich versucht, sie weiz zu machen.

### Der separatistische Graf.

Leipzig, 14. Dezember. (M.B.) Im Separatistenprozess gegen den Grafen Karl von der Schulenburg wurde heute abend vom Staatsgerichtshof, nachdem im weiteren Verlauf der Verhandlungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden war, das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat im Sinne der §§ 81 und 86 des StGB, zu zwei Jahren Festung unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft und zu 50 Billionen Mark Geldstrafe verurteilt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Weihnachtsgeschenk der Berliner Metallindustriellen „Lohnabbau“

Gestern Freitag früh fanden Verhandlungen wegen der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches im Arbeitsministerium statt. Die Vertreter der Arbeitgeber wandten sich gegen eine Verbindlichkeitsklärung. Die Entscheidung liegt jetzt beim Arbeitsminister. Zum Nachmittag hatten die Vertreter der Metallindustriellen die Verhandlungskommission des Metallartikels geladen. Die „Begründung“ fand wie folgt statt:

„Meine Herren! Bis dato haben Sie gefordert, jetzt fordern wir!“

Die Forderung der Arbeitgeber bestand darin, den zurzeit in den Betrieben gezahlten Lohn um 20 Proz. abzubauen. Brutal und rücksichtslos gehen die Unternehmer gegen die Arbeiter vor. Jeder freut sich auf das sogenannte Fest der Liebe. Da darf natürlich der WMA nicht fehlen, um den Arbeitern, die in seinen Betrieben beschäftigt sind, die Freude zu verschaffen. Immer klang das alte Lied während der Verhandlung: Mehrarbeit! Wir wollen vorbeschäftigte Betriebe haben. Wir können aber nur zu einer Gesundung kommen, wenn die Verdienste der Arbeiter geschnitten werden. Ja, es wurde sogar behauptet, den Arbeitern gehe es noch nicht schlecht.

Als die Metallgewaltigen machen den Stoßtrupp im Abbau der Löhne. Sie wollen die Sommerlöhne noch weiter drücken. Der Schluß war, daß für die Zeit vom 10. bis 16. Dezember die Löhne bestehen bleiben sollten. Ab 17. Dezember wollen die Arbeitgeber sich Handlungsfreiheit vorbehalten. (Dann werden sie die Löhne diktieren.) Die „Handlungsfreiheit“ besteht darin, daß sie den Schiedspruch zum Montag gefündigt haben. Bei der Lohnzahlung am 20. bzw. 21. Dezember werden von dem Vorschuß auf 16 Lohnstunden nur 8 in Abzug gebracht.

Metallarbeiter! Die Unternehmer wollen Euch die Löhne diktieren! Wollt Ihr Euch einfach ihrem Diktat unterwerfen? Stärkt Eure Reihen! Rüstet zur Abwehr!

### Die Gemeindefabrikanten lehnen die Schiedsprüche ab.

In der Funktionärerversammlung des Lohnartikels der Gemeindefabrikanten berichtete Polenske über den Schiedspruch des Zentralausschusses. Die Verhandlungen bei der Bezirkschiedsstelle hatten nicht das gewünschte Ergebnis, da über die Höhe des Lohnes und die Spannung zwischen den einzelnen Klassen verschiedene Auffassungen bestanden. Die Angebote des Magistrats ergeben in ihrer Höhe eine Lebensmöglichkeit der Arbeiter gegenüber 1914 von nur circa 38 Proz. Die Spannung zwischen gelernten und ungelerten Arbeiterlöhnen, die früher 10 bis 14 Proz. war, sollte nunmehr 16 bis 26 Proz. betragen.

Der als Berufungsinflanz angesehene Zentralausschuss fällt nach langen Beratungen einen Schiedspruch, der den Reichsarbeiterlohntarif für die städtischen Arbeiter angeht, nicht annehmen will. Die Erhöhungen der Stundenlöhne gegenüber dem Angebot der Bezirkschiedsstelle betragen etwa — ein Viertel bis drei Viertel Goldpfennige. Sie betragen für Handwerker 44,28 Pf., Angelernte 36,72 Pf. und für Ungelernte 32,40 Pf. Der Zentralausschuss war wohl selbst der Ansicht, daß diese Löhne zum Leben keinesfalls ausreichen, denn er empfahl, bei den zuständigen Stellen eine Erhöhung der Ortslohnzulage zu beantragen.

Der Magistrat hat den Schiedspruch angenommen, die Organisation hat ihn abgelehnt. Selbst der Oberbürgermeister erklärte den Schiedspruch als eine unmögliche Regelung. Er wurde beim Finanzministerium vorbewilligt, um eine schnelle Neuregelung zu erreichen. Bei bereits eingeleiteten unerbittlichen Besprechungen mit Vertretern des Ministeriums glaubten diese einer Verringerung der Ortslohnzulage für Berlin allein nicht zustimmen zu können. Ein abschließendes Verhandlungsergebnis liegt noch nicht vor.

Nach eingehender Diskussion wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die am 13. Dezember 1923 tagende Funktionärerversammlung des Lohnartikels für die Gemeindefabrikanten hat zu den Schiedsprüchen der Bezirkschiedsstelle und des Zentralausschusses Stellung genommen. Die Funktionärerversammlung kann in dem Ergebnis dieser Schiedsprüche keine, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter erblicken. Die Schiedsprüche sind sowohl in sozialer als wirtschaftspolitischer Hinsicht verfehlt. Nach den Sprüchen beträgt das Einkommen des städtischen Arbeiters, verheiratet, mit einem Kind, etwa 37 Proz. des Einkommens des Jahres 1914. Auch unter voller Berücksichtigung der schweren Finanznot, in der sich Reich, Staat und Kommune befinden, kann und darf die gegenwärtige wirt-

schäftliche Lage nicht von den Körperkräften des öffentlichen Rechts dazu ausgenutzt werden, die Stabilisierung des Glanzes und damit den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Zusammenbruch des großen Heeres der Reichs-, Staats- und Kommunalarbeiter herbeizuführen.

Die Berliner Gemeindefabrikanten leiden ganz besonders unter diesen Entscheidungen, weil Berlin im gegenwärtigen Augenblick die teuerste Stadt des Deutschen Reiches ist und dadurch die Lebenshaltung der Gemeinde, wie auch der Staatsarbeiter Berlins noch weit unter die Lage der übrigen deutschen Arbeiterschaft gedrückt ist. Ganz besonders prolektiert die Funktionärerversammlung gegen die gewaltige Spanne zwischen den Löhnen der Gelehrten, Angelernten und Ungelernten. Die Spanne, die weit die Zustände verschlechtert, wie sie im Jahre 1914 in den Gemeindefabrikanten bestanden haben, muß beseitigt werden.

Aus diesen Erwägungen heraus kann die Funktionärerversammlung den Schiedsprüchen nicht zustimmen, sie lehnt dieselben auf das entschiedenste ab.

Die Funktionärerversammlung verpflichtet das Lohnartikell und weiterhin die Spitzenorganisationen, mit allem Nachdruck und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, dahin zu wirken, daß

1. die Löhne auf eine den Verhältnissen entsprechende Höhe gebracht werden,
2. die Ortslohnzulage für Berlin den Verhältnissen angepaßt werden und
3. die Spanne zwischen den einzelnen Arbeitergruppen auf den bisherigen Stand gesetzt wird.

Die Verammlung verpflichtet alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, mit allem Nachdruck für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen einzutreten, in der Auffassung, daß im gegenwärtigen Augenblick die gewerkschaftlichen Organisationen das einzige Mittel sind, um der Verletzung der Arbeiterrechte einen Damm entgegenzusetzen.

In einer weiteren Entschliessung wird die Erhöhung der Ortslohnzulage auf 40 Proz. gefordert, sowie gemeinsame Schritte aller Gemeinde- und Staatsarbeiter, Beamten- und Angestelltenorganisationen zur Erreichung dieses Zieles.

### Einigung im Einzelhandel.

Die Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin hatte die Vertragsparteien zu einer nochmaligen Aussprache zum 12. Dezember geladen. Es kam eine Vereinbarung zustande, nach der für die Endstufe der Gruppe I 125 M., Endstufe der Gruppe II 175 M., Endstufe der Gruppe III 220 M., Endstufe der Gruppe IV 290 M. festgelegt wurden. Als Ausgleichszahlung kommen 75 Proz. der bis zum 3. Dezember fällig gewordenen Zahlung nicht in Anrechnung. (Die errechneten Gehaltszüge sind im Ortsbureau des I.D.A., Westendallee 7/10, erhältlich.)

### Ueberarbeitabkommen im Bergbau.

W.B. berichtet: „Um der Notlage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit durch Steigerung und Verbilligung der Produktion zu steuern, haben die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände im ober-schlesischen, niederschlesischen, sächsischen und sachsenbäuerischen Steinkohlenbergbau auf Grund von Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium Ueberarbeitabkommen getroffen. In diesen Bezirken werden die Bergarbeiter unter Tage vom 17. bzw. 19. Dezember ab im Anschluß an die regelmäßige Schicht eine Stunde Mehrarbeit leisten. Auch die Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung der Kohlen zu tun haben, werden, soweit erforderlich, entsprechende Mehrarbeit leisten. Die Arbeitszeit der übrigen Ueberarbeitarbeiter soll im Zusammenhang mit der Regelung dieser Frage in den wesentlichen Zweigen der Großindustrie der Steinkohlenbezirke durch weitere Verhandlungen zwischen den Parteien geregelt werden.“

Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren darüber einig, daß zur möglichst baldigen Erreichung der Friedensleistung im Steinkohlenbergbau alle nur möglichen Verbesserungen unverzüglich durchgeführt werden sollen. Im Februar 1924 werden Vertreter der Verbände unter Mitwirkung des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums erneut zusammentreten, um festzustellen, ob dieses Ziel erreicht ist oder welche weiteren Mittel etwa zu seiner Erreichung notwendig sind.

### Opposition der Faschisten gegen Cabrini.

Wer sich auf Grund gewisser Presseäußerungen der letzten Zeit zur Annahme verleiten ließ, daß die Regierung Mussolini zur Festigung ihrer Stellung tatsächlich eine Präliminarabnahme nach links anstrebte, wurde durch den Besuch des spanischen Königs auf unzulässige Weise über die wahren Strömungen unterrichtet. Mehr als je tritt die reaktionäre Einstellung der Regierung in Erscheinung und die „Giustizia“ schreibt, daß die Regierung nach links „ein Traum geworden sei, den nur noch wenige träumen“.

In den Kreisen der faschistischen Gewerkschaften fühlt man sich dadurch gestärkt und Rossiotti geht in seinem Blatt „Lavoro d'Italia“ dazu über, Cabrini, den festangestellten italienischen Korrespondenten des Internationalen Arbeitsamtes in bestigter Weise anzugreifen, und zwar besonders an-

gestrichelt seines Kampfes zugunsten der Beibehaltung der sozialen Versicherung und seiner Ausführungen über die Stellung Italiens auf dem Gebiete der internationalen Gesetzgebung. Rossiotti findet es auch für Italien „ehrenrührig“, daß Cabrini in den vom Arbeitsamt herausgegebenen „Informazioni Sociali“ ohne Kommentar eine Rede stimmend wiedergibt, in der gesagt wird, daß in Italien die Gewerkschaftsbewegung sozulagen als vollständig unterdrückt bezeichnet werden kann.“ Das Blatt schließt mit den Worten: „Man kann wirklich aus diesen Angriffen auf Cabrini den bestimmten Wunsch herauslesen, der Vertretung des Internationalen Arbeitsamtes falsches Blut einzuspielen.“

### Massenentlassungen von Telegraphenarbeitern.

Mit Rücksicht auf die schwere Notlage des Reichs, die eine starke Einschränkung der Bautätigkeit erfordert, sieht sich die Reichspostverwaltung genötigt, die Zahl der Telegraphenarbeiter allgemein zunächst um 25 Proz. zu verringern. Aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen muß diese Maßnahme schon in aller nächster Zeit durchgeführt werden.

### Vertreter der Saarbergleute in Paris.

Zwei Mitglieder der in Paris weilenden Saardelegation, die Herren Karius (Zentrum) und Belg (Soz.) wurden gestern im Ministerium für öffentliche Arbeiten empfangen. Sie besprachen dort die zwischen den Bergarbeiterverbänden des Saargebietes und der Bergwerkdirektion in Saarbrücken schwebenden Streitfragen, insbesondere die Wiedereinstellung der anlässlich des Streites Gemahregestellten, die zwangsweise Ausweisung aus Stubenwohnungen und die ergebnislos verlaufenen Lohnverhandlungen. Den beiden Herren wurde zugesichert, daß der Minister für öffentliche Arbeiten bereit ist, in nächster Zeit mit den Vertretern der Verbände der Bergarbeiter über die schwebende Streitfrage zu verhandeln.

Für die Schuhmacher ist am 29. November mit den Schuhmachervereinigungen Groß-Berlins eine Vereinbarung getroffen worden. Den Stundenlohn ab 3. Dezember auf 60 Goldpfennig für Zeilohnarbeiter und als Akkordbasis für neue Arbeiten und 55 Goldpfennig für Zeilohnarbeiterinnen und als Akkordbasis für Reparaturen zu erhöhen. Für orthopädische und mechanische Betriebe erfolgt ein Zuschlag von 10 Proz. — Für die Maßschuhmacher ist am 12. Dezember durch Verhandlungen beim Demobilisationskommissar folgende Vereinbarung getroffen: Der Mindestlohn für Zeilohnarbeiter und als Akkordbasis für neue Arbeiten beträgt ab 26. November 60 Goldpfennig, für Zeilohnarbeiterinnen und als Akkordbasis für Reparaturen 55 Proz. dieses Satzes. Sowie in der Woche vom 26. November bis 1. Dezember der Lohn in vorbestimmten Zahlungsmitteln zur Auszahlung gelangte, kann der in dieser Zeit ausbezahlte wertbeständige Betrag mit einer Aufwertung von 10 Proz. in Anrechnung gebracht werden.

Der Lohn der Schäftmacher regelt sich analog der vorstehenden Sätze mit der Maßgabe, daß die Arbeiterinnen 80 Proz. des Lohnes der Männer erhalten.

Die Metallarbeiter von Gray und Mittelteiermark sind wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Der Deutschösterreichische Poststreik ist mit sehr gutem Erfolg des Personalbesatzes beendet, der Verkehr wieder im Gange.

Die ungarischen Bergarbeiter in Deutschland, etwa 4000 bis 5000 an der Zahl, die im Frühjahr 1920 ins Ruhrgebiet kamen, haben Heimweh bekommen. Sie haben durch das ungarische Konsulat in Berlin das Ersuchen an die ungarische Regierung gerichtet, mit Rücksicht auf das große Elend, in dem sie sich in Deutschland befinden, ihnen ihre Heimkehr und Versorgung mit Arbeit zu ermöglichen. Die Regierung ist sofort mit den ungarischen Bergwerksunternehmungen in Verbindung getreten, die sich bereit erklärten, den heimkehrenden Arbeit zu geben. Ein Oberbeamter der ungarischen Allgemeinen Kohlenbergwerke wurde nach Köln entsandt, um im Verein mit dem ungarischen Konsulat für die Heimbeförderung der ungarischen Arbeiter zu sorgen.

Der spanische Grubenarbeiter-Kongress in Oviedo beschloß den Eintritt des Rationalverbandes in die Internationale sowie eine Sammlung für deutsche Arbeiter.

**Werbung, W.B.B.-Faschisten!** Am Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Reichsbanner Hof, Reichsbanner Str. 147, Berlin, Versammlung der Mitglieder der Kontrollkommission, der Generalversammlungsberechtigten und Betriebsfunktionäre. Wichtige Tagesordnung. Parteiausweis legitimiert. Der Verbandsrat.

**W.B.B. (Berliner Gewerkschaft im I.D.A.)** Heute 7 Uhr wichtige Sitzung im Besanconhof des Köllnischen Omnibusses, Infel., Ecke Westliche, Rollent Dr. Kuch's spricht über die notwendige Beschäftigung der Volksschullehrer.

Verantwortlich: Hr. Voltke; Schriftf. Kester; Wirtschaft: Hr. Carl Schramm; Gewerkschaftsbewegung: Hr. Steiner; Redaktion: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Hr. Karstadt; Anzeigen: Hr. Glaser; Illustration: Berlin. Verlag: Formwirts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formwirts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1, Birza 1 Verlag.

# Leineweber

Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-6

## Besonders billige Preise

- |                                                                                                                                       |                                                                                                                                        |                                                                                                                           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Herren-Sacco-Anzüge</b> in modernen Stoffen und Formen, ein- und zweireihig. . . . . von M. <b>36<sup>00</sup></b> an              | <b>Herren-Sport-Anzüge</b> gemustertes Cheviot, einfarbiger Loden und Manchester. . . . . von M. <b>36<sup>00</sup></b> an             | <b>Knaben-Schlüpf-Anzüge</b> blau und farbige Cheviots. . . . . von M. <b>12<sup>00</sup></b> an                          |
| <b>Blaue Sacco-Anzüge</b> Kammgarn- und Oberlofstoffe. . . . . von M. <b>65<sup>00</sup></b> an                                       | <b>Herren-Ski-Anzüge</b> blauer Trikot und farbiger Wippen, zweckmäßige Formen. . . . . von M. <b>95<sup>00</sup></b> an               | <b>Kieler Anzüge</b> bl. Melton, mit kurzer Hose, für 3 Jahre. . . . . von M. <b>26<sup>00</sup></b> an                   |
| <b>Smoking-Anzüge</b> prima Kammgarn- und Meltonstoffe. . . . . von M. <b>100<sup>00</sup></b> an                                     | <b>Herren-Loden-Joppen</b> zweireihig, warm gefüttert; Sportform mit Falten und Gürt. . . . . von M. <b>24<sup>00</sup></b> an         | <b>Knaben-Ulster und Schlüpfer</b> neueste Farben und Formen. . . . . von M. <b>14<sup>00</sup></b> an                    |
| <b>Herren-Ulster</b> die neuen Formen in Flansch, Velours und Cheviot. . . . . von M. <b>38<sup>00</sup></b> an                       | <b>Herrn-Haus-Joppen</b> Flansch und Velours, in verschiedenen Farben; elegante Seidenjacken. . . . . von M. <b>26<sup>00</sup></b> an | <b>Jünglings-Sport-Anzüge</b> blau und farbige, mit Breeches. . . . . von M. <b>26<sup>00</sup></b> an                    |
| <b>Herren-Paletots</b> schwarz und marengo; Rock-paletots sowie ein- und zweireihige Formen. . . . . von M. <b>48<sup>00</sup></b> an | <b>Herren-Haus-Anzüge</b> weiche Stoffe mit aparten Details in vornehmer Art. . . . . von M. <b>44<sup>00</sup></b> an                 | <b>Jacket-Anzüge</b> gemustert und einfarbig, mit Unschlaghose. . . . . von M. <b>28<sup>00</sup></b> an                  |
| <b>Cutaways</b> schwarz und marengo, in bester Ausführung. . . . . von M. <b>36<sup>00</sup></b> an                                   | <b>Windjacken für Herren und Damen</b> , imprägnierte Leinen- und Gabardinstoffe. . . . . von M. <b>16<sup>00</sup></b> an             | <b>Jünglings-Ulster und Schlüpfer</b> modernster Schnitt, elegante Verarbeitung. . . . . von M. <b>36<sup>00</sup></b> an |
| <b>Gestreifte Hosen</b> reichhaltige Auswahl, kalibare Stoffe. . . . . von M. <b>55<sup>00</sup></b> an                               |                                                                                                                                        |                                                                                                                           |

**Herren-Artikel:** Oberhemden, Sportmützen, Krawatten, Handschuhe, Wollwesten, Rodelgarnituren, Sporthemden, Hüte, Hosenträger, Sportstutzen, Woll-Schals.

Sonntag den 16. und 23. Dezember von 1 bis 5 Uhr geöffnet.

# Das Hungerbrot der freien Berufe.

Zeiten, wie die gegenwärtigen, wo grundstürzende Veränderungen im Wirtschaftsleben, sowie in der sozialen Schichtung und gleichzeitig eine allgemeine Verarmung des ganzen Volkes zu verzeichnen sind, bringen das geistige Leben in besonders schwere Not. Wo der Magen nach Sättigung schreit, geht der Wunsch, sich weiterzubilden, Bücher und Bilder zu kaufen, gute Theateraufführungen und Konzerte zu besuchen, an der Unmöglichkeit, die Kosten dafür zu bestreiten, zugrunde. So darf es nicht Wunder nehmen, daß die „freien Berufe“ aus ihrer Notlage durchaus kein Geheimnis machen, daß der Blick nach der Arbeitslosenunterstützung sich richtet und Hilfe in den bessergestellten Ländern ersehnt wird.

## Auf der Verdienstsuche.

Nehmen wir z. B. die Musiker. Wer als Virtuose früher allein oder in Gemeinschaft mit Kollegen ein Konzert veranstaltete oder auf Tournee ging, sieht sich jetzt Forderungen gegenüber, die in ihm schwere Zweifel an der Ergiebigkeit des Beginnens aufkommen lassen, sofern er überhaupt in der Lage ist, die notwendigen Summen flüssig zu machen. Gastspiele im Auslande können erfolgreich sein, wenn ein guter Name schon vorhanden ist. Doch muß jedes Land besonders behandelt werden, damit nicht nationale Ehrentitel aufkaufen. So wurde jüngst einem holländischen Künstler bedeutet, daß er in Schweden auf keine Förderung von Seiten der Musikvereine zu rechnen habe, da diese durch den deutschen Import geschädigt würden. Von Schweden gegebene Konzerte wären wenig besucht, zu deutschen Veranstaltungen dränge man sich. Sicher ein Ausnahmefall, der aber zu denken gibt. Daß deutsche Künstler und Künstlerinnen sich durch Auftritte in mehr dem Vergnügen als der Kunst gewidmeten Städten über Wasser zu halten suchen, ist daher begreiflich — sie heimken für 10 bis 15 Minuten Arbeit soviel ein, daß der Tisch wenigstens nicht ganz ungedeckt bleibt.

## Unerkennliche Instrumente und Materialien.

Wo die Meister feiern, müssen auch die Gezellen rasten: Die Herstellung hochwertiger künstlerischer Instrumente, die Seligen- und Saiteninstrumente liegt brach. Die Zeiten sind vorbei, wo derartige kostbare Instrumente, von der ganzen Welt begehrt, im In- und Auslande Absatz fanden, und neue Theater sich aufstauten, deren Bedürfnisse nach Orchesterinstrumenten launend befriedigt werden konnten. Auch auf dem Markt der alten Musikinstrumente, der einst den Wettbewerb fernöstlicher Dilettanten und mit Sinn für die historische Seite der Musik begabter Künstler sah, ist es still geworden. Wer solche Kostbarkeiten besitzt und sie nicht loszuschlagen muß, behält sie, da die zu erzielenden Preise zu gering sind. — So, die Preise — das alte Lied vom Kaufen und Verkaufen. Die bildenden Künstler, Maler und Bildhauer, wissen davon zu erzählen. Was sie für ihre Arbeit taufen müssen, Stein, Holz, Farbe, Rahmen für das Bild, Gerüste, Ton, Stein für die Statue oder das Ornament, muß weit über den Friedenspreis bezahlt werden, zumeist in Goldwährung, während beim Verkauf die Zahlung bis vor kurzem in Papiermark erfolgte, so daß der Künstler, wenn er sich Rechenschaft gab, für seinen Millionenerlös nicht einmal in der Lage war, den Rahmen für sein neues Bild anzuschaffen. Jetzt ist Goldrechnung mal üblich, aber die zu erzielenden Preise lassen sich auf ein Viertel bis ein Fünftel der alten Friedenspreise, bis ein sehr berühmter Maler kann ein Zehntel des alten Preises buchen — begreiflicherweise ist die Differenz zwischen einst und jetzt um so größer, je höher der alte Preis gewesen ist. Man kann also gute Bilder heute für verhältnismäßig wenig Geld erwerben. Aber wo sind die Käufer, die ihr eigenes Interesse — denn gute Bilder behalten dauernden Wert — mit dem Bewußtsein verbinden, einem hart ringenden Stande zu helfen? Moderne Galeristen könnten heute angefragt werden, die später den Reiz reicherer aber weniger intelligenter Sammler erregen würden. Wie nach dem Siebenjährigen Kriege und nach den Freiheitskriegen neue Besitzer sich des ländlichen und städtischen Eigentums der verarmten oder gar ausgefallenen Familien bemächtigt, ist heute, wo die Flucht in die Sachwerte hinsichtlich des Grund und Bodens nicht so einfach ist, der Erwerb von Kunstgegenständen das sicherste Mittel, Kapital gewinnbringend anzulegen.

Man muß diesen materiellen Gesichtspunkt gebührend hervorheben — das eigene Interesse ist auch in künstlerischen Dingen maß-

gebend. In Veräthern derjenigen, die sich auf das eigene Kunstverständnis nicht verlassen wollen, dürfte es nicht fehlen; die Künstlergilden würden da sicher gern vermittelnd eintreten.

## Im Zeichen der Tanne.

Noch tritt sie nicht in Massen auf, wie wohl in anderen Jahren um diese Zeit. Nur vereinzelt und spärlich sieht man auf den freien Plätzen und vor den Bahnhöfen Weihnachtsbäume. Aber auf dem Tempelhofer Feld lagern sie zu Hauf, und ringsum riecht es nach den zarten, grünen Zweigen wie ein Vorgesmack des heiligen Abends, und daneben stehen arme Kinder und schauen mit großen, ängstlichen Augen auf all die Pracht und Herrlichkeit. Die Händler wissen noch nicht recht, ob sie mit den Bäumen herausrücken sollen, sie hoffen, daß die Preise wieder steigen, und die Käufer warten, daß sie weiter fallen werden.

Aber in der Leipziger Straße und rund um den Potsdamer Platz sind die Händler mit ihren Läden wieder da, mit all dem bunten Tand und Flitterkram, der zum Weihnachtsbaum und Weihnachtsfest gehört. Und alles ist wieder so billig wie einst. Lametta, Glasgugeln und Ketten, Lichter und Leuchter sind für 30 und 40 Pf. zu haben. Das Publikum läßt sich nur zu gern von diesen niedrigen Preisen locken, ahmet erleichtert auf, daß die vielen Kullen hinter der Eins stehen und weiß nicht, oder will nicht wissen, daß es meistens teurer kauft als damals, als man noch nach Milliarden oder Billionen rechnete. Mit Erfolg wird wieder einmal auf die Dummheit und Gleichgültigkeit der Käufer spekuliert, denn in diesem Zeichen haben die sieben Geschäftsleute sicher am meisten ihre Kassen gefüllt. Im Zeichen des Tannenbaumes machen auch die Händler ihre Geschäfte, die mit der „Charakter- und Schicksalsforschung“ auf den Dummensang ausgehen. Sie sind heute zahlreich vertreten, und die Blätter des „Astrologischen Instituts“ für 20 Pf. werden viel gekauft. Kein Wunder schließlich, kann man doch aus diesem Bult von Widsinn und Karikier-Melancholien seine Zukunft erfahren.

Im Zeichen des Tannenbaumes sieht die Welt wieder heiterer und lebenswürdiger aus. Schaut man aber näher hin, so entdeckt man, daß es damit so geht wie mit den sabelhaft billigen Preisen. Alles ist nur Fiktion, und alles gilt nur für den, der hat. Die große Menge aber muß abseits stehen, sie kann nur mit einem Seufzer sagen: „Die Preise sind niedrig, gewiß, wenn man das notwendige Geld hat.“ Und diese Erkenntnis ist um so peinlicher und um so niederdrückender gerade im Zeichen des Tannenbaumes, denn auch die Kinder der Armen haben eine Sehnsucht nach Flitterkram und Tand, nach einer reichlichen Mahlzeit und nach einer warmen Stube.

## Angemessene Goldmarkrechnung.

### Die Vorkriegspreise als Richtlinien.

In einer Sondernummer des Ministerialblattes für die preussische innere Verwaltung veröffentlicht der Präsident des Landespolizeiamts eine Anweisung an die Polizeiverwaltungen über die Goldmarkrechnungen. Die schon früher angekündigte Liste der Erzeuger-, Groß- und Kleinhandelspreise aus der Vorkriegszeit für die wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs wird mit veröffentlicht.

In der Anweisung werden die Polizeiverwaltungen erneut zu rücksichtslosem Einschreiten in allen Wucherfällen mit Gegenständen oder Leistungen des täglichen Bedarfs und zur Anwendung aller polizeilichen Mittel gegen die Wucherer (Handelsunterjagung, Geschäftsführung) aufgefordert. Der äßere Uebergang von der Berechnung und Anzeigung in Goldmark zur Papiermark begründen den Verdacht der Preistreiber. Auf die Strafbarkeit der Unnahmerweiterung von Papiermark wird erneut hingewiesen. Dem Landespolizeiamt ist bekannt, daß Teile der Industrie und des Großhandels bereits wieder eine Heraushebung ihrer schon weit über Friedenspreis liegenden Warenpreise in nicht unerheblicher Höhe vornehmen. Das heißt jeden Preisabbau sabotieren. Nach-

dem goldwertige Zahlungsmittel in großem Umfang in den Verkehr gelangt sind und die Papiermark stabilisiert ist, sind Rückschlüsse in keiner Weise mehr begründet. Jeder Fall einer Nichterhebung der Preise auf das für zulässig erkannte Maß oder gar eine Erhöhung der Goldmarkpreise wird selbstverständlich strafrechtlich verfolgt. Die Bekanntgabe der Vorkriegspreise wird nunmehr der Deffenlichkeit in weitestem Maße eine Kontrolle der Angemessenheit der geforderten Preise ermöglichen. Der Preis für Auslandsware wird entsprechend der allgemeinen Weltkurren und je nach dem Herkunftsland den Vorkriegspreisen nicht mehr als 50 bis 70 Proz. überschreiten dürfen. Bei Inlandwaren, bei denen zwar auch Verteuerungsmomente in Frage kommen (Steuern, Produktionseinschränkung), aber erhebliche Verteuerungsmomente im Vordergrund stehen (niedrige Mieten, geringe Löhne und Gehälter), werden die Endpreise dieser Höhe lange nicht erreichen dürfen. Bei Waren von gemischter Herkunft, teils Inlands-, teils Auslandsprodukte, wird ein Zwischenpreis angemessen sein.

## Zwei Mordprozesse

### ... und zwei Todesurteile im Prozeß Steiner.

Vor dem Schwurgericht I stehen die jetzt 20jährigen ehemaligen Fürsorgezöglinge Hans Jahnke und Kurt Goldbach. Sie sind der Ermordung des Bachmeisters Steiner angeklagt. Goldbach steht mit seinem hübschen blonden Lockenkopf harmlos aus, ist aber ebenso wie der Mitangeklagte Jahnke schon mehrfach wegen schweren Diebstahls vorbestraft. Jahnke gibt folgende Schilderung. Er sei seit Februar 1922 arbeitslos gewesen und unzufrieden in den Verdacht eines Einbruchdiebstahls gekommen. Am Abend des 8. Februar war er mit seinem Freund Goldbach und einem Kellner in verschiedenen Cafés und Lokalen, wo sie Wein und Liköre getrunken hätten. Auf dem Rauhauwege nachs ging Goldbach in der Oranienstraße in einen Hausflur, um auszutreten. Wir gingen einige Schritte weiter, so gab Jahnke an, als uns jemand anrief: „Halt, stehen bleiben!“ Ein Beamter stellte uns zur Rede: „Was haben Sie in dem Hausflur gemacht?“ Wir sagten, es sei doch nicht so schlimm, wir wären auch gern bereit, die Verunreinigung zu befeitigen. Der Beamte wollte uns aber zur Waage bringen und als wir uns weigerten, wurde er grob und hat uns ziemlich gereizt. Er wollte auch zur Waffe greifen. Da sprang Goldbach jurid und schoß. Der zweite Angeklagte Kurt Goldbach, der die tödlichen Schüsse abgegeben, bestreitet, daß er die Absicht gehabt habe, den Polizeibeamten zu erschlagen. Er wollte nur Schreckschüsse abgeben. Der Staatsanwalt erblickte in den Angeklagten gemeingefährliche Revoiverehelden, denen ein Menschenleben nichts gelte. Von einer Fahrlässigkeit oder Körperverletzung könne keine Rede sein. Goldbach habe die Tat vorsätzlich und mit Ueberlegung ausgeführt, sei also des Mordes schuldig. Jahnke sei als Mithäter zu betrachten. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagten schuldig des unerlaubten Waffengebrauches und des Mordes an dem Polizeiwachmeister Steiner. Staatsanwaltschaftsrat Fredersdorf beantragte die Todesstrafe. Die Rechtsanwältin Dr. Hagg und Müller-Stromeyer legten dem Gericht nahe, das Urteil aus § 317 zu fassen und die Sache an ein anderes Schwurgericht zu verweisen, wenn nach einstimmiger Ansicht des Gerichts der Spruch der Geschworenen ein Fehlpruch zu ungunsten der Angeklagten sei. Das Gericht kam nach einstündiger Beratung zu folgendem Urteil: Die Angeklagten Hans Jahnke und Goldbach werden wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie wegen unbefugten Waffengebrauches unter erschwerenden Umständen zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die beiden jugendlichen Angeklagten nahmen das Urteil mit stumper Ruhe auf und ließen sich ruhig abführen.

### Die erschlagene Portierfrau.

Im neuen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichts in Moabit begann der Prozeß, in dem der Kohlenpreßer Just und die Witwe Rothilde Skaberod unter der Anklage des Raufmordes an der Portierfrau Rädling stehen. Vor dem Richterlich sieht man die graufigen Werkzeuge, mit denen die Leiche der Ermordeten zerstückelt worden ist. Auch die Mordwerkzeuge liegen auf dem Tisch, darunter ein großes Beil und ein schwerer Hammer. Seit Mitte Februar 1923 war Frau Rädling, die die Portierstelle in einem Haus der Brüdenstraße hatte, verstorben. Einige Wochen darauf wurde an der Mühlendammstraße ein menschlicher Rumpf aufgefunden, dem der Kopf,

Copyright Georg Müller, München.

## Die Lofoffischer.

### Roman von Johan Bojer.

Dies war endlich das Glück. Endlich. Der Fischer macht so lange Fahrten, um es zu finden, meistens kommt er enttäuscht nach Hause, aber jetzt, diesmal, endlich! Jetzt lassen wir uns an Land nieder, laufen einen großen Hof, fahren zur Kirche mit Wagen und blanken Pferden. O ja! Die harte Arbeit auf See ist vorbei.

Im Laufe der Nacht, als die Strömung sich drehte und wieder vom Meere hereinkam, begann es stürmisch zu werden. Es gehörte nicht viel Wind dazu, das Segelbad von den Rudern zu heben und fortzuziehen. Die sechs Mann von der „Robbe“ lagen bald unter freiem Himmel und schliefen.

Und der Wind segelte noch immer über den Fjord hin und begann mit all diesen Segeln zu spielen, die Häuser bedeuten sollten, und bald lagen Hunderte und Tausende nasser Fischer in der frostklaren Nordlandsnacht und schliefen unter freiem Himmel.

Sie warfen sich unruhig hin und her. Sie träumten viel leicht von Eis. Im Traum zogen sie immer wärmere Kleider an. Sonderbar, daß sie nicht warm wurden, obwohl sie sich in alle Wolle der Welt einhüllten. Viele hatten Geld in der Tasche und waren in der Stadt, und sie kauften sich einen dicken Pelz, so wie der Pfarrer und der Doktor einen hatten, aber das konnte keine gute Ware sein, denn es nützte gar nichts, ihn anzuziehen, sie froren nur immer noch mehr.

Manch einer schlief sich in dieser Nacht ins Paradies hinein, so daß es unmöglich war, ihn am nächsten Morgen zu wecken. Kristaver Myran aber wurde vom Frost geweckt. Er fuhr auf und merkte, daß Haar und Bart gefroren waren. Die Wasserstiefel, die er am Abend ganz hoch gezogen hatte, waren steif gefroren, so daß er die Anie nicht beugen konnte. Er hatte steife Schenkel und Beine, als seien die Stiefel aus Eisen. Er mußte sie über den Anien förmlich brechen.

Er kam auf die Beine, legte das Segel wieder über die Ruder und steckte den Lichtstumpf in der Laterne an. Da lagen die Männer mit geschlossenen Augen. Aber Eleusus Hilla hatte einen merkwürdig roten Kopf und sprach im Schlaf. Kristaver legte die Decke fester um Lars. Er blieb stehen

und betrachtete den Knaben, dessen Hände tief in die großen Fausthandschuhe vergraben waren. Das Gesicht war so kindlich. Er lag da und klagte und wimmerte im Schlaf, als habe er den Kopf in seiner Mutter Schoß gelegt.

Kristaver begann am Strande entlangzuschlendern, um sich wieder zu erwärmen. Wer doch nur Holz hätte, um ein Feuer anzuzünden. Er mußte wohl an Bord gehen, noch ein Brett opfern und wieder Kaffee für die Leute kochen, damit sie nicht zu erfrieren brauchten.

Aber ein Stück entfernt war Per Suzanja mit seinen Leuten an Bord gegangen, auch dort war das Segel von den Rudern geweht, aber es hatte sich über die Männer gebreitet, so daß sie dalagen und schliefen wie unter einem großen Leichtenuch.

Und ist das nicht der Bootsführer selber, der da auf einem Stein am Strande sitzt und auf die See hinausstarrt?

„Bist du es, Per?“

Es dauerte eine Weile, bis der Alte antwortete. Er sah regungslos da wie ein grauer Stein. Endlich wendete er den Kopf dem anderen zu.

„Heute nacht, Kristaver, bin ich eigentlich froh, daß es aus ist mit mir.“

„O ja, es ist ungemütlich.“

Kristaver war nicht zum Schwagen aufgelegt. Er machte lehrte und stampfte durch Schnee und Geröll am Strande entlang, schlug sich die Arme um den Leib, rieb sich Ohren und Nase mit den Handschuhen.

Aber als er wieder zurückkam, sah der Alte noch immer unbeweglich auf dem Stein. Wollte er erfrieren?

„Du mußt dich doch bewegen, Mann!“

Per Suzanja wandte wieder dem anderen den Kopf zu und nun sah Kristaver, daß Bart, Haar und Holzzeug nur Reif und Eis waren.

„Ach laß — es kommt bei mir nicht darauf an!“

„Unsinn! Komm jetzt und steh auf! Du wirst ja ganz steif!“

„Ach, es ist ja doch bald aus mit mir, so und so.“

„Warte nur, ich hole jetzt wieder ein Brett vom Schiff, dann kochen wir Kaffee.“

Kristaver schob die Jolle ins Wasser und ruderte zur „Robbe“ hinüber.

Per Suzanja blieb sitzen. Der Doktor hatte gesagt, wenn er jetzt ausfällig sei, so komme das daher, daß er auf See zu-

viel ausgestanden habe. Ja, auf See war er jetzt bald fünfzig Jahre gewesen. Und ein reicher Mann war er nicht gerade geworden. Aber nun war es das letzte Jahr. Dann war es aus. Und ob er in dieser Nacht von himen ging — oder in einem Jahr...

Aber eine Stunde später mußten die Männer aufstehen und wieder auf die See hinaus. Fischen, fischen! Es würde wohl ein Tag kommen, da sie essen und schlafen konnten.

An diesem Tage kamen Fahrzeuge, die Planen, aus denen Hütten errichtet werden konnten, und Holz zum Kochen verlaufen.

Und jetzt erlebte Arnt Nasan eine große Genugnung. Die Fischer sind meistens sehr ungeschickt mit Art und Säge, aber Arnt war sozusagen an der Hobelbank aufgewachsen. Jetzt war er in seinem Element. Nun übernahm er die Führung. Er trampelte im Schnee umher und war Zimmermann. Allerdings war die armelige Säge und die Art vom Schiff nicht recht zu brauchen, aber Geschicklichkeit tut viel. Er sägte und hieb und hämmerte, und er kaute an seinem Priem und wurde ganz stolz, ja, er bat sogar den Bootsführer, ihm dies oder jenes zu reichen oder zu halten. Die Augen, die sich verfrachten hatten, kamen zum Vorschein und sahen den anderen fest ins Gesicht. Er gewann sein Selbstgefühl wieder und wurde sogar wichtig. „Dies soll ein Haus werden“, sagte er. „Wir müssen ein Wohnzimmer, ein Schlafzimmer, eine Badstube und einen Tanzsaal haben, ganz wie die feinen Herren. Wartet nur, das kommt alles noch!“

Und all das tat er im Vatereinschein, als sie nach einem arbeitsamen Tag an Land gekommen waren. Müde — jetzt, da er endlich etwas tun durfte, was er verstand! Die Säge freischte und die Art mußte auch Hammer sein. Pfosten wurden aufgerichtet, die Planen fügten sich zu Wänden zusammen, bildeten das Dach, wartet nur, es wird schon noch ein Haus werden.

Es war größer als eine Kambüse. Sie konnten ja aufrecht darin stehen, und bald standen Bänke an den Wänden, auf denen sie sitzen konnten, und Planen wurden auf den Schnee gelegt, mit Overleisten verbunden, so daß sie eine Art Fußboden bildeten. Tisch? Noch ein paar Planen, ein paar Overleisten darüber und ein paar Tonnen darunter als Fuß. „Dies wird fast wie ein Sanatorium“, sagte Arnt und arbeitete emsig und hämmerte, sägte und kopfte und machte alles immer noch besser. (Fortsetzung folgt)



# Fortsetzung der Landtagsdebatte.

## Das deutsch-dänische Abkommen der sozialdemokratischen Parteien.

Im Preussischen Landtag wurde gestern die Aussprache über die großen Anträge und Entwürfe der Deutschnationalen und Kommunisten fortgesetzt.

Hg. Dr. v. Campe (D. Sp.) sieht in den zahlreichen Anfragen und Anträgen den Ausdruck einer tiefen Erregung, die durch unser Volk geht. Diese Erregung ist begründet. Ueberall erhebt der Separatismus sein Haupt. Bayern verweigert dem Reich und den Reichsgesetzen den Gehorsam. Ein hoher General verweigert dort aus politischen Gründen dem Chef der Reichswehr den Gehorsam. Der Bandenführer Ehrhardt ist für die Reichsjustiz in Bayern nicht zu erreichen, der Arm des Reiches ist zu schwach. Die Verarmung Preußens, das Kernstück der Bismarckschen Verfassung, ist leider in der Weimarer Verfassung fallen gelassen worden. Darauf und auf

### Die Abkehr von dem föderalistischen Gedanken

ist vieles zurückzuführen, was wir jetzt bedauern. Preußen ist heute im Reiche minderen Rechts gegenüber den anderen Ländern, weil die Hälfte seiner Reichsbeamten von den Provinzen bestimmt wird. Wir werden im Ausführungsgesetz zum Artikel 63 der Verfassung die Aufhebung der Bestimmung beantragen, daß die Provinzvertreter im Reichsrat nicht an die Anweisung der Regierung gebunden sind. Unerträglich ist die theoretische Möglichkeit, daß sich die preussischen Stimmen im Bundesrat gegenseitig aufheben könnten. Preußens Beruf im Reiche ist noch nicht erfüllt. Das macht es uns zur Pflicht, eine

### starke, selbständige preussische Politik

zu treiben, auch wenn es im Reiche einmal anders ist. Ein starkes, ungekettetes Preußen zu erhalten, muß unsere vornehmste Aufgabe sein. Darum ist der deutschnationale Antrag zu bedauern, der gleichzeitig mit den Reichstagsanträgen auch preussische Neuwahlen verlangt und damit Preußen einfach ins Schlepptau des Reiches bringen will.

### Die große Koalition hat Preußen zwei Jahre lang eine stetige, freisinnige Politik geführt.

wie sie von allen übrigen Ländern nur Württemberg und Baden befehdet war. Die unheilvolle Scheidung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft ist durch diese große Koalition für die preussische Politik vermieden worden. Es ist gelungen, für Preußen die kommunistische Gefahr zu bannen. Wir bedauern sehr die Vereindbarung, die die deutsche Sozialdemokratische Partei mit der dänischen Sozialdemokratie getroffen hat. Sie widerspricht den mannhaften nationalen Worten, die Ebert und Köster einst über das den Deutschen der Nordmark zugesagte Unrecht sagten. Die Mißgriffe bei den Hausfuchungen in Ostpreußen hätte der Minister schärfer beurteilen sollen, denn sie haben ganz unnötige Erregung in die Bevölkerung getragen. Zwischen den vaterländischen Verbänden und den wirklich illegalen Organisationen muß ein Unterschied gemacht werden. Minister Severing hat sich oft in guten Worten zum nationalen Gedanken bekannt. Diesem Gedanken wird aber Schaden zugefügt durch Mißgriffe der Behörden. Es muß der größte Wert auf ein harmonisches Zusammenwirken von Schutz und Reichswehr gelegt werden. Das Schlagwort: „Gegen den Marxismus“ hat einen Stich ins Demagogische. Das gilt auch für die deutschnationale Agitation gegen die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten. Wir müssen endlich heraus aus den Krisen und das Volk zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen. (Beif. Beif. b. d. Sp.)

Hg. Kutsche (Dem.): Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob in der Zeit, in der so viel von Sparbarkeit und Abbau die Rede ist, die parlamentarisch unrichtbare Arbeit am Plage ist, die wir jetzt leisten müssen. Wir führen hier seit drei Monaten genau dieselbe Debatte. Die Deutschnationalen sollten sich in der Fabrikproduktion etwas Beschränkung auferlegen. (Sehr gut!) Die Verbote politischer Parteien sind eine Angelegenheit des Reiches, aber grundsätzlich muß gesagt werden:

Wenn in Deutschland Putschorganisationen lediglich den parteipolitischen Mantel benutzen, um ihre destruktive Arbeit zu leisten, so wird selbstverständlich kein verantwortlicher Staatsmann sich durch diesen Mantel täuschen lassen.

Wir halten es aber für zu weitgehend, wenn der Militärbefehlshaber bei Wahlen bestimmte Listen verbietet. Daß für das Parteienverbot ernsthafte Anlässe vorhanden waren, läßt sich nicht bestreiten. Der deutschnationale Abgeordnete Schlang hat in seinem vielbesprochenen Artikel mit erfreulicher Offenheit ausgeführt, daß man

### den Bürgerkrieg organisieren

müsse. Die sprachwidrige „Schlangenfugheit“ war hier nicht festzustellen. (Heiterkeit.) Die Verbote der rechtsgerichteten Zeitungen

sind vom Staatsgerichtshof ausdrücklich und mit guten Gründen bestätigt worden. Der verbotene Verband nationalgesinnter Soldaten ist nicht so harmlos, wie er hier hingestellt wurde. In seinen Versammlungen wurden die schlimmsten Beschimpfungen gegen die Republik und ihre Regierung gerichtet. In vielen nationalen Jugendorganisationen zeigt sich nicht gesunder nationaler Geist, sondern der Rügegeist einer von Halenkreuzern verführten und irreführten Jugend. Dieser Jugend muß ernstlich klargemacht werden, daß sie wenigstens ein Mindestmaß von menschlichem Anstand zeigen muß. (Sehr gut!)

Beim Beamtenabbau werden vielfach Methoden angewandt, die nicht den gewollten Zweck der Ersparnis erreichen können. Wir bedauern die unzulässige Befolgung der Regierung der Beamten; aber wenn die Deutschnationalen jetzt die berechtigten Erregung der Beamten für ihre Parteizwecke ausnützen wollen, so muß ihnen gesagt werden: Eine Fraktion, die die Grundsteuer ablehnt, lehnt damit sogar die Voraussetzung der jetzigen, gewiß recht lärglichen Gehälter ab. (Sehr wahr! links.) Die Beamten sind intelligent genug, das zu erkennen. Die Verschleierungsvorwürfe des „Lokal-Anzeigers“, des Organs derer, die nicht alle werden, können daran nichts ändern. (Lebh. Zustimmung links.) Mit der Deutschen Volkspartei sind wir der Meinung, daß die preussische große Koalition nicht durch die Krisen im Reich zerstört werden darf. Wir wollen auch

### eine starke preussische Politik, aber nur mit dem Reich, nicht gegen das Reich.

(Beif. b. d. Dem.) Die einheitliche Republik schafft auch einen einheitlichen nationalen Willen.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. Garnich werden zunächst die Anträge über Neuwahlen zum Landtag und zu den Provinz-, Kreis- und Gemeindevertretungen durch Ausschuhüberweisung erledigt.

Bei der Fortsetzung der Aussprache geht

Hg. Dr. Bremer (Dnat.) näher auf die Hausfuchungen und Verbote in Ostpreußen ein. Er verurteilt scharf das Vorgehen der Regierungspräsidenten. Es sei unerträglich, daß neben einer vernünftigen Regierung im Reiche in Preußen das System Severing herrsche.

### Minister Severing

verweist auf die Erörterung des Abkommens der deutschen und dänischen Sozialdemokratie im Staatsrat. Die früheren Erklärungen der preussischen Minister würden durch dieses Abkommen nicht berührt. Wir sind aber nur ein Glied in der großen Väterfamilie und wir sind auf die Sympathie der übrigen Väter angewiesen. (Hört, hört! rechts.) Wir wollen nicht unterwürdig darum werden, aber wir wollen auch nicht unnützlich Fensterhieben einwerfen. In den Abstimmungsstempeln in Ostpreußen und Nord Schleswig, überall haben die Sozialdemokraten das Diktatorwort bestätigt, das Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester ist. (Beif. b. d. Sp. — Widerspruch rechts.) Wie wollen Sie (nach rechts) denn Außenpolitik treiben, wenn Sie im Ausland den Eindruck erwecken, daß die ganze Sozialdemokratie, also ein Drittel oder die Hälfte der deutschen Bevölkerung, national unzuverlässig sei? Auf diese falsche Verdächtigung war zum großen Teil die Steuersperre der Feinde Deutschlands zurückzuführen, die glaubten, bei einem Ueberfall auf Deutschland keinen sozialdemokratischen Widerstand zu finden. In einem Artikel der „Zeit“ sind gegen die Oberpräsidenten Siehr, Zimmer und Lohring Ausführungen gemacht worden, die lebhafteste Beunruhigung erregt haben. Da ich der Meinung bin, daß in dieser schweren Zeit die Leiter so wichtiger Ämter wissen müssen, woran sie sind, möchte ich erklären: Ich sehe nicht den allergeringsten Grund, diese verdienten Beamten von ihren Posten zu entfernen. (Beif. links.) Wenn der Kampf gegen den Oberpräsidenten Siehr in noch so protesten Formen geführt wird, er wird mich nicht dazu bestimmen, diesen Oberpräsidenten zu entfernen. (Beif. links.) Was die Reichsratsrede des Oberpräsidenten Hering betrifft, so würde erst die Annahme des vorkparteilichen Antrages über die einheitliche Instanz des Reichsrats dem Staatsministerium die Möglichkeit geben, solche Reden zu verhindern. Solche Ausführungen sollten bei der schon im Volke herrschenden Beunruhigung nicht im Parlament, sondern nur im direkten Verkehr mit den Behörden gemacht werden. (Beif. b. d. Sp. — Rufe rechts: Und Hering ist Oberpräsident!) Von rechtsstehenden Beamten könnte ich viele ähnliche Sünden aufzählen. Die politische Gleichberechtigung in der Beamtenauswahl ist noch lange nicht hergestellt, nachdem

jahrelang die Angehörigen des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten ausgeschlossen waren.

Ich würde den Zeitpunkt begrüßen, wo man nur nach der sachlichen Eignung und nicht mehr nach der parteipolitischen Einstellung zu

fragen hat. (Rufe rechts: Ein wertvolles Eingeständnis!) Ich habe nie geglaubt, daß wir an den früher ausgeschalteten Parteien noch etwas gut zu machen haben. Von verschiedenen Jugendverbänden ist versucht worden, sich der Reichswehr zu bemächtigen. Der Geschäftsführer des Reichslandbundes hat in Zirkularen zur Bildung von unerlaubten Selbstschutzorganisationen aufgefordert.

Es ist besser, einmal zu vorsichtig zu sein, als vielleicht — wie es in einem anderen Lande geschehen ist — später als Minister von solchen Organisationen verhaftet zu werden.

Engstes Zusammenarbeiten zwischen Reichswehr und Schutzpolizei ist notwendig. Diese Zusammenarbeit zeigt sich nicht nur an der Spitze, sondern auch mehr und mehr in der Provinz. Daß verdient aber vor allem unser Volk, das in dieser schweren Zeit den größten Opferwillen zeigt. (Beif. der Mehrheit, Jischen rechts, erneuert lebhafter Beif. links.)

Um 17 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr (Steuernotverordnung, Grundsteuer, kleinere Vorlagen).

## Aus der Partei.

### Mois Kohrauer

Hi in Wien hochbetagt gestorben. Für Millionen Arbeiter wurde er der Erläuterer aus der Stadtgebundenheit, Prophet, der sie ins gelobte Land der Natur führte. Moiss Kohrauer war der Begründer und unermüdete Vorkämpfer der proletarischen Wanderbewegung, Schöpfer und Leiter des Arbeiter-Touristenvereins „Die Naturfreunde“.

In einem Gebirgsort in Oberösterreich war er Senfenschmiedelehrling. Er kam auf seinen Wanderungen schließlich nach Wien und blieb dort viele Jahrzehnte lang. Als die Arbeiter Wiens zu Ende der Sechziger Jahre sich zum ersten Male sammelten, da war auch Kohrauer mit dabei. Aber als der Streit zwischen Oberwinder und Andreas Scheu, dann der Kampf zwischen Radikalen und Gemäßigten die Arbeiter entzweite, da zog sich Kohrauer angewidert und vergrammt zurück. Freudig schloß er sich ihr wieder an, als unter Führung Viktor Adlers das österreichische Parteirat zu neuem Vorkampf sich einigte.

Kohrauer schloß zunächst Wiener Arbeiter-Touristen zusammen. Über die Bewegung breitete sich ungemein rasch aus. Nicht nur im gesamten deutschen Sprachgebiete, sondern auch in Ueberseeländern gründeten wanderlustige Arbeiter Gruppen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“. Kohrauer selber blieb unermüdet Wanderer, naturfreier Bergsteiger, bis in die letzte Zeit seines Lebens. Noch im Alter von 70 Jahren bestieg er den Großglockner.

Das Andenken Kohrauers wird fortleben in seinem Werk, und bleiben wird die nun einmal erwachte Naturliebe im Proletariat. Eine schönere Art des Fortlebens kann man kaum einem Menschen wünschen.

Parteitage ausländischer Bruderparteien. Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei hält ihren Parteitag vom 16. bis 18. Dezember in Augga a. d. Elbe ab. — Der französische Parteitag ist auf den 27. Januar bis 3. Februar nach Marseille einberufen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Tremsauer Berg. Sonnabend, den 15. Dezember, 7 1/2 Uhr. Verhandlung bei Burg, Tremsauer Allee 138.

14. Kreis Reichen. Die Parteimitglieder werden gebeten, voll. überflüssige Karten zu den Parteimitgliedern sofort im Parteibüreau, Redstraße 3, abzugeben, da dort keine Rückfrage ist.

### Heute, Sonnabend, den 15. Dezember:

Sozialistisch-wissenschaftlichen Diskussionsabend für Beamte um 8 Uhr in der juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3. Thema: „Signatur und Kapitalismus“.

22. KdL Reichen. Die Bezirke 27, 28, 29 und 30 halten ihren Jahresabend nach wie vor am 2. Mittwoch des Monats, Punkt 7 Uhr, in der Schule Eisenstraße ab. Bezirke 29 und 30 haben am Sonntag, den 18. d. M., vormittags 10 Uhr, bei Klein-Wilhelmsstr. 13.

### Morgen, Sonntag, den 16. Dezember:

1. KdL. Ab 7 Uhr bei Ostergl. Wehrstr. 1. Familienabend mit musikalischer Unterhaltung, Freunde und Genossen willkommen.

24. KdL. Vormittags 10 Uhr Parteibereitschaft in der Schule Allee Straße. Vortrag des Genossen Dr. Wiersdorf.

6. KdL. In der Harter Schule Abgabe der Spenden.

### Stichtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

23. KdL. Unter Gasse Schulhal ist am 10. Dezember verstorben. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

## Geschäftliche Mitteilungen.

In unserer heutigen Ausgabe finden unsere Leser das erste Angebot des Kaufhauses Wilhelm Joseph in Schöneberg in Parturreisen. Nicht die billigen Preise sind für die Firma bestimmend, sondern die guten Qualitäten sind bei ihrem Angebot von Hauptaugenmerk gewesen.

# Nochmals herabgesetzt!

## Sonderpreise zu Weihnachten

# Salamander-Stiefel



### Theater, Lichtspiele usw.

Deutsches Theater  
7 1/2 Uhr: NORA  
Kammeroper  
8 Uhr: Tageszeiten d. Liebe  
Sonntag, 16. Dezbr. 12 Uhr: Tanzmatinee  
Leonie Kienast

Volkshaus  
31. In allen Stunden  
7 1/2, 10 und 11 Uhr  
Lichtscheln. L. & Finster.

Lessing - Th.  
Neue bis Mtg. 7 1/2  
Michael Kramer

Deut. Künstler - Th.  
11 Uhr: U. x. 1. Male  
Senora

Komödienhaus  
8 Uhr

Mexiko - Gold  
Berliner Theater  
7-10 Uhr: Dolly

Rose - Theater  
7 1/2, 10, 11 Uhr  
Wannich  
Dich nur hab'

Wintergarten  
Varieté - Spielplan  
Fachbes. gesteuert

### Große Volksoper im Theater des Westens

7 1/2 Uhr: Ein Maskenball

Th. a. Kottb. Tor  
11 Uhr: 7 1/2  
u. Sonntag nach  
mittags 1 Uhr  
ELITE  
Sänger  
u. a.  
Wahlzeiten an  
der Fahr

Komische Oper  
Allabendlich 7 1/2  
Die größte Revue  
des Kontinents:  
Die Welt  
ohne  
Schleier

Ungeheuer  
Kleines im Preise sind  
alle Lebens: viel u. Be-  
sartartikel Kleines Anzeigen  
im Vorwärts sind immer noch  
billig!

„Wien - Berlin“  
Jägerstr. 63a  
Winter-Radrennen  
auf der Bönne.  
Großer Weihnachtspreis von „Wien - Berlin“  
Fliegerrennen, Vorgabefahren, Punktfahren.  
Willi Arenz, Emil Lowanow, Alfred Schrage,  
Karl Wittig, Karl Sidow, Artur Streibitzki,  
Max Hagg, Fritz Häuser, Max Kendlbacher  
10 Uhr abends: Punktfahren an des „Großen Weihnachtspreis“

### LEO HEINAU

C 19, Seydelstraße 21, am Spittelmarkt

Großhandlung in  
Seifen, Kerzen, Parfümerien  
Sämtliche Markenartikel  
Weihnachts-Packungen  
in großer Auswahl

Garderobe  
für Herren und Damen  
auf Teilzahlung  
günstige Zahlungsbedingungen  
Bei werthest. Bezahlg. 5% Rabatt  
Beiser, Lothriinger Straße 67

TRAURINGE  
in jed. Größe u. Qualität stets  
vorrät. nur bill. Preisberechnung.

M. Dinse, Juwelier  
Lichtenberg, Frankl. Allee 202  
Nähe Bahn. Lichtb. Friedländerstr.  
Teleph. Lichtenberg 5322

# Hosen

## Ein praktisches Weihnachtsgeschenk

Engisch-Lederhosen	... 9.50 9.50	4.50 Gmk.
Ersatz für Mass	... 21.00 17.50	14.50
Gestreifte Hosen	... 12.50 9.50	6.50
Elegante Umschlag-Hosen	... 8.50 7.50	5.50
Stoff-Breeches	... 8.50 6.50	4.25
Manchester-Breeches	... 18.50 13.50	12.50
Manchester-Hosen lang	... 16.50	13.50
Feldgraue Hosen	... 12.50 9.50	6.95

Manchester-Anzüge in großer Auswahl, sehr preiswert.  
Anzahlung zur späteren Abholung gestattet.

## Hosen-Zentrale

nur Schöneberg, Goltzstraße 7  
Achten Sie genau auf Straße (Goltzstraße) und Haus-Nr. (7)  
Fahrzahl wird vergütet!

Schlesinger Schloszimmer in früherer  
Kaufhaus zu fallen Treifen verkauft im Boden. Lauch Jahngahle, Watin-  
nur direkt Schloszimmer-Spezialfabrik, abfälle. Goltzstraße, Silberfäden, Quad-  
Burgstraße 27, Dorotheens Platz. Silber, sämtliche Artikel.

